

Sitzungsbericht

45. Sitzung der Tagung 2011/12 der XVII. Gesetzgebungsperiode

des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 12. Jänner 2012

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Ing. Penz (Seite 279).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 279).
3. Ltg. 306/A-3/14: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic u.a. betreffend Abschaffung des Proporz bei gleichzeitiger Stärkung der Kontrolle und Minderheitenrechte im Landtag.
Berichterstatter: Abg. Dr. Michalitsch (Seite 280).
Redner: Abg. Mag. Schneeberger mit Abänderungsantrag (Seite 281), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 284), Abg. Waldhäusl (Seite 286), Abg. Moser (Seite 289), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 292), Abg. Königs-

berger (Seite 294), Abg. Mag. Leichtfried (Seite 296), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 300), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 301), LHStv. Dr. Leitner (Seite 304), Abg. Mag. Karner (Seite 305), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 305).
Abstimmung (Seite 305).

(Abänderungsantrag abgelehnt (erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht): Zustimmung ÖVP, Grüne, Ablehnung SPÖ, FPÖ; Antrag Ltg. 306-1/A-3/14 abgelehnt (erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht): Zustimmung ÖVP, Grüne, Ablehnung SPÖ, FPÖ; Antrag Ltg. 306-2/A-3/14 angenommen: Zustimmung ÖVP, Grüne, Ablehnung SPÖ, FPÖ.)

* * *

Präsident Ing. Penz (*um 13.00 Uhr*): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Entschuldigt haben sich krankheitshalber Herr Abgeordneter Mag. Hackl und Frau Abgeordnete Rinke. Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Sie ist unbeanstandet geblieben und ich erkläre sie daher als genehmigt.

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise

ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen.

Einlauf:

Ltg. 1066/S-5/36 - Vorlage der Landesregierung vom 20.12.2011 betreffend Landespflegeheim Baden, Neubau – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 1067/B-53/3 - Bericht der Landesregierung vom 6.12.2011 betreffend Ver-

anlagung des Landes Niederösterreich, Richtlinien, Berichte – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 1068/Ö-1 - Vorlage der Landesregierung vom 13.12.2011 betreffend Österreichischer Stabilitätspakt - Festlegung einer Haftungsobergrenze für die Jahre 2011 - 2014 – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 1069/B-5/19 - Bericht des Rechnungshofes vom 29.12.2011 über Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2010; Internationales (Reihe Niederösterreich 2011/12) – wird dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen.

Ltg.1072/V-9/100 - Vorlage der Landesregierung vom 10.1.2012 betreffend NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Anfragen:

Ltg.1070/A-5/183 - Anfrage des Abgeordneten Tauchner an Landesrat Mag. Wilfing betreffend Integrationshilfe im Voranschlag für das Jahr 2012.

Ltg.1071/A-4/256 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 10.1.2012.

Anfragebeantwortung zu Ltg. 1047/A-5/181 von Herrn Landesrat Mag. Wilfing.

Für die heutige Sitzung wurde folgende Redezeitkontingentierung gemäß dem Redezeitmodell vom 15. Mai 2008 zwischen den Vertretern der Klubs einvernehmlich festgelegt. Die Gesamtredezeit beträgt 213 Minuten. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 94, der SPÖ 55, der FPÖ 34 und den Grünen 30 Minuten zu.

Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung und tatsächliche

Berichtigungen sowie die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingentierung fallen.

Wir kommen zum Geschäftsstück Ltg. 306/A-3/14, Antrag der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic u.a. betreffend Abschaffung des Proporz bei gleichzeitiger Stärkung der Kontrolle und Minderheitenrechte im Landtag. Zu diesem Geschäftsstück hat der Rechts- und Verfassungs-Ausschuss getagt und folgende Anträge beschlossen.

Ltg. 306-1/A-3/14, Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung und Ltg. 306-2/A-3/14, Miterledigung von Ltg. 306/A-3/14, Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch u.a. auf Miterledigung des Geschäftsstückes, das ich bereits genannt habe. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Ltg. 306-1/A-3/14, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dr. Michalitsch u.a. gemäß § 34 LGO betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung.

Dem NÖ Landtag liegt seit dem Jahr 2009 zur Geschäftszahl 306 ein Antrag vor, mit dem die Landesregierung unter anderem aufgefordert werden soll oder sollte, eine Novelle zur NÖ Landesverfassung vorzulegen, wodurch das Proporzsystem in der Landesregierung abgeschafft wird. Durch den Antrag, zu dem ich jetzt berichte, wird das Proporzsystem in der Landesregierung abgeschafft zugunsten eines Systems der freien Regierungsbildung nach den Ergebnissen der jeweiligen Landtagswahl. Der entsprechende Entwurf eines Verfassungsgesetzes liegt bei und ich stelle daher den Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. beiliegende Verfassungsgesetzesentwurf betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 – NÖ LV 1979 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Verfassungsgesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Und zweitens berichte über Ltg. 306-2/A-3/14-2012, ein Antrag des Rechts- und Verfassungsausschusses, wo über den Antrag der Abgeordne-

ten Dr. Michalitsch u.a. der Landtag aufgefordert wird, er möge beschließen, der Antrag der Abgeordneten Dr. Petrovic u.a. betreffend Abschaffung des Proporz bei gleichzeitiger Stärkung der Kontrolle und Minderheitenrechte im Landtag wird durch den vorliegenden Antrag gemäß § 34 LGO, über den ich eben berichtet habe, der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung miterledigt.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Antrag der Abgeordneten Dr. Petrovic u.a. betreffend Abschaffung des Proporz bei gleichzeitiger Stärkung der Kontrolle und Minderheitenrechte im Landtag, LT-306/A-3/14-2009, wird durch den vorliegenden Antrag gemäß § 34 LGO der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung miterledigt.“

Hoher Landtag! Mit diesem Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses liegt ein Verfassungsgesetz von möglicherweise historischer Tragweite zur Beschlussfassung auf. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Präsident, ersuchen, die Debatte einzuleiten und eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Präsident Ing. Penz: Ich danke Ihnen für die Berichterstattung und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Der Berichterstatter hat es schon gesagt, wir könnten heute einen geschichtsträchtigen Landtag haben. In Wahrheit schreiben wir schon etwas Geschichte. Deswegen, weil es erstmals in der Zweiten Republik der Fall ist, dass die Grünen einen Antrag auf Abhaltung einer Landtagssitzung gestellt haben und, siehe da, Unterstützung erfahren haben, nämlich durch uns, und damit erstmals eine Landtagssitzung, eine außerordentliche Landtagssitzung auf Grund der Initiative der Grünen stattfindet. *(Beifall bei den Grünen.)*

Demokratiepolitisch sehr interessant, würde ich meinen. Für uns würde ich in Anspruch nehmen, ein minderheitsfreundliches Signal im Lande Niederösterreich. Und das tut Ihnen wahrscheinlich auf der Seele gut.

Sie werden sich aber fragen, warum haben wir diese Unterstützung gegeben. Das ist eigentlich ganz einfach erklärt. Die Frage der Zusammensetzung der Landesregierung ist für mich eine ele-

mentare Frage der Demokratie. Eine Frage, wo es legitim ist, dass sich der Landtag damit auseinandersetzt. Eine Frage, wo es legitim ist, dass man erwarten kann, dass jede Partei sich positioniert, öffentlich positioniert, warum sie für oder gegen eine Proporzregierung ist. Und daher ist es, glaube ich, ganz logisch und natürlich, dass wir als ÖVP Niederösterreich dem Ansinnen der Grünen zugestimmt haben.

Eines vorweg, Kollege Waldhäusl: Es gibt keine „Schmähsitzung“. In diesem Landtag hat es noch nie eine „Schmähsitzung“ gegeben und wird es auch keine „Schmähsitzung“ geben! *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

Und ich verwehre mich gegen die Herabwürdigung des Hohen Hauses.

Eines ist natürlich richtig: Es ist kein Thema, das den Lebensnerv der Menschen trifft. Es ist nicht ein Thema das die Bürger vom Sessel reißt. Aber es geht um demokratiepolitische Spielregeln. Und wo sollen die diskutiert werden wenn nicht im Landesparlament? Daher diskutieren wir heute und positionieren wir uns heute.

Und nun zur Sache selbst. Wer mich kennt, wer meine Aussagen kennt – und das seit über einem Jahrzehnt – der oder die weiß, dass ich Sympathie hege für das jetzige System, nämlich dass die Regierung innerhalb einer Periode das Abbild des Wahlergebnisses widerspiegelt. Das hat auch in der Vergangenheit meistens geklappt. Auch wenn es immer wieder Friktionen gegeben hat war das Gemeinsame des Regierens, das gemeinsam Verantwortung übernehmen, wenn es um blau-gelb gegangen ist, immer Selbstverständlichkeit.

In dieser Funktionsperiode haben wir erkannt, wo die Grenzen dieses Systems liegen. Denn Hand aufs Herz: Hätten wir in diesem Lande nicht eine klare Mehrheit der NÖ Volkspartei, hätten wir nicht einmal ein Budget. Und wenn wir ein Budget zusammengebracht hätten dann mit faulen Kompromissen. Stillstand, Streit, Zank hätten das Land geprägt. Es war die klare Mehrheit, die wir vom Wähler ausgesprochen bekommen haben, die es ermöglicht hat, dass wir, obwohl Regierungsverantwortliche Opposition gespielt haben und nicht einmal, sondern permanent, dass wir trotzdem den Vorwärtstrend des Landes Niederösterreich weiter fortsetzen konnten.

Wir haben die besten Wirtschaftsdaten. Um das Wirtschaftswachstum beneiden uns andere Bundesländer. Wir haben einen hervorragenden sozialen Komfort. Wir haben bestes Gesundheits-

service. Wir haben höchste Beschäftigungszahlen. Und wir haben Highlights in der Forschung, in der Bildung und in der Wissenschaft.

Doch so musste es kommen wie es gekommen ist: Die Grünen sahen sich – verständlicherweise – in ihrer Oppositionsrolle eingeengt. Sie stellten einen Antrag im Juni 2009 mit dem Inhalt, Aufhebung des Proporz und gleichzeitige Stärkung der Minderheitsrechte. Wir haben das natürlich parlamentarisch behandelt, haben einen Unterausschuss einberufen, nur, es war logischerweise Stillstand.

Warum sage ich logischerweise? Ein derartiges Unterfangen bedarf einer Zweidrittelmehrheit. Die Freiheitlichen haben sich einbetont mit einem klaren Nein, die SPÖ hat ebenfalls ein klares Nein immer wieder von sich gegeben. Daher, was soll ein Unterausschuss, wenn sich die Mehrheiten so positioniert haben wie sie sich positioniert haben?

Und siehe da, da gibt es den Juni 2011. Steiermark. Demokratieoffensive der Steiermark. Rot und Schwarz, Voves und Schützenhöfer verkünden das Aus des Proporz bei der Regierungsbildung, was die Landesregierung anlangt. Großer Beifall der Medien, positives Kommentieren der politischen Beobachter.

Vier Wochen später, man glaubt es kaum, am 18. Juli 2011, lesen wir und hören wir Landeshauptmannstellvertreter Dr. Leitner: Der Proporz kann fallen unter gewissen Bedingungen. Als aufmerksamer Partner im Land war es für mich selbstverständlich, dass ich sofort an den Klubobmann Günther Leichtfried herangetreten bin und ihn ersucht habe, Verhandlungen aufzunehmen. Denn eines ist klar in der Politik: Wenn ein Gegenüber Bedingungen äußert und man etwas bewegen will, dann muss man sich mit diesen Bedingungen auseinandersetzen. Und es war dann so, dass wir am 18. Oktober 2011 das erste Mal verhandelt haben. Das war ein Abtasten, wie es immer so ist, und wir haben uns damals verständigt, dass logischerweise die SPÖ uns mitteilt, welche Bedingungen sind es, die es möglich machen, dass wir von der bisherigen Regelung, nämlich eine Proporzregierung in Niederösterreich zu haben, abgehen und eine Mehrheitsfindungsregierung damit ersetzen.

Am 8. November bekam ich 13 Punkte. 13 Punkte, die klar als Bedingungen für die Aufhebung des Proporz formuliert sind. Wenn es wer nicht kannte oder bis heute nicht kennt, ich kann demjenigen diese Bedingungen und dieses Papier geben. Damit er erkennt, dass die SPÖ diese Bedingungen uns gestellt hat um das als Basis zur Entschei-

dungsfindung über ein Ja oder Nein der Proporzregierung zu haben.

Wir haben dann am 6. Dezember, mein Namenstag, Nikolaus - ich habe dem Günther Leichtfried gesagt, ich mach' dir eine Nikolausfreude, er ist erblasst - nicht wirklich -, dass ich von den 13 Bedingungen 12 vorbehaltlos zugestimmt habe und bei der 13. Bedingung die Bereitschaft erklärt habe, dass wir auch hier entsprechend gemeinsame Lösungen finden. Die jedoch erst nach der Wahl. Denn es ist Usance in diesem Land und nicht nur in diesem Land sondern in der Demokratie, dass nach Wahlen jene, die gewählt wurden, egal in welcher Größenordnung, sich zusammensetzen und den Weg bestimmen, wie er in der Legislaturperiode zu gehen ist.

Wir haben am 6. Dezember ausgemacht, dass die beiden Klubdirektoren, Kollege Trenker, mein Klubdirektor Leopold Steinmayer, sich am 19. Dezember, also noch vor Weihnachten, zusammensetzen und das von uns akzeptierte Papier der SPÖ gemeinsam formulieren. Und das dann Basis ist für eine Abstimmung in den jeweiligen Parteiliegungen. Um noch vor dem März eine entsprechende Entscheidung zu bekommen, basierend auf diesem „comitteten“ Papier, Ja oder Nein zum Proporz.

Und eines kann ich Ihnen sagen: Wenn Sie diese Forderungen der SPÖ kennen – und Sie werden sie heute noch kennen lernen – dann werden Sie mir Recht geben, dass wir, die NÖ Volkspartei, hier sehr wohl über unseren Schatten gesprungen sind. Dass wir eine Offenherzigkeit an den Tag gelegt haben, die keiner uns zugetraut hat. Und damit die Tür für die Abschaffung des Proporz ... (*Heiterkeit bei Abg. Waldhäusl.*) Ich weiß, dass „offenherzig“ nicht in euer Vokabular gehört, das ist mir schon klar. Aber bei uns ist es so, weil wir christlich eingestellt sind und die Offenherzigkeit einfach bei uns selbstverständlich ist, Kollege Waldhäusl. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und damit haben wir die Tür zumindest für die SPÖ so geöffnet, dass sie für die Abschaffung des Proporz weit offen war. In Wahrheit brauchte die SPÖ Niederösterreich nur durch diese Tür zu gehen und damit Reformwillen dokumentieren. Nämlich einen Reformwillen, für den Sie sich selbst die Latte gelegt haben. Und dann hatten wir am 15. Dezember eine sehr gemeinsame, durchaus angenehme Landtagssitzung. Und am 16. Dezember kam für mich völlig überraschend und ohne Vorwarnung, aus meiner Sicht unmotiviert, ein Nein. Die Tür, die angelweit offen war, ist zu.

Für mich, nachdem man dann darüber nachdenkt, habe ich einen Fehler gemacht? Habe ich eine Linke gemacht? (*Abg. Dr. Krismer-Huber: Na geh! Hat er ja noch nie gemacht!*)
Sehr gut! Das traut sogar ihr mir nicht zu. Finde ich super!

Nachdem ich wirklich in mich gegangen bin und mir gedacht habe, ich wüsste nicht warum das so gekommen ist wie es gekommen ist. Da habe ich mir gedacht, warum ist das so? Und daher gibt's für mich nur zwei Interpretationen. Entweder sind es Sie, Dr. Leitner. Sie sind der Hauptverantwortliche in der SPÖ Niederösterreich. Entweder Sie haben uns was vorgemacht im Juli, in der Euphorie, was da alles Positives in der Steiermark passiert ist. Und im Glauben, die ÖVP Niederösterreich bewegt sich eh nicht wenn wir Bedingungen stellen. Oder, was manche munkeln, was ich nicht bestätigen kann, weil ich nicht Mitglied des Klubs der SPÖ, des Landtagsklubs bin, ... (*LHStv. Dr. Leitner: Das ist gut so!*)

Ja, das ist für Sie gut so. Das glaube ich.

Der Landtagsklub hat Ihnen die Gefolgschaft aufgekündigt. Weil so ist noch niemand desavouiert worden. Nämlich dass der Parteivorsitzende ein Ja unter Bedingungen sagt, das Gegenüber die Bedingungen erfüllt und dann ein klares Nein herauskommt.

Egal welche Interpretation es ist. Jene, dass Sie nicht unbedingt die Wahrheit beim Ja gesagt haben oder jene, dass Ihnen die Gefolgschaft aufgekündigt wurde, beides sagt viel aus. Und ich will es auch nicht weiter kommentieren.

Aber eine Begründung, die dann durch die Gazetten auch gegangen ist, warum ein Nein unter anderem gekommen ist, weil die NÖ Volkspartei eine Machtgier hat und mit einem Schlag alle Regierer schwarz besetzen will, sprich eine reine ÖVP-Regierung, haben will. Ich habe aber von Anfang an klar gestellt, und ich stelle es heute wieder klar, und das in Absprache mit meinem Parteiobmann, der das hält was er sagt, und die Bedingungen, die wir stellen, auch entsprechend umgesetzt: Sollten wir – und ich erhoffe es und ich wünsche es – nach dem März des Jahres 2013 wieder eine klare Mehrheit in diesem Lande von den Bürgern zugesprochen bekommen, wird es auch dann, wenn wir heute die Proporzregierung nicht goutieren und eine Mehrheitsregierung beschließen, keine reine aus ÖVP-Mandataren bestellte Regierung geben. Sondern es werden Experten, Parteiexperten oder unabhängige Experten eingeladen, mitzuregieren. Eine Voraussetzung haben diese Damen und Herren: Sie müssen Freude am Land

Niederösterreich haben und Verantwortung übernehmen wollen! Verantwortung für dieses Land! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn eines möchte ich nicht mehr erleben: Ich möchte nicht mehr erleben, dass wir eine Regierung haben, wo ein Teil der Regierung, glaubt, die bessere Oppositionspartei zu sein. Wir hätten in diesem Land nicht diesen Fortschritt, hätten wir nicht diese klare Mehrheit gehabt. Stellen Sie sich vor, wie dann Mehrheitsentscheidungen in diesem Land gefallen wären, unter welchen Rahmenbedingungen! Und das will keiner! Das können Sie auch weiter erzählen über das Handy, Frau Petrovic. Das ist überhaupt kein Problem. Das sollen die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher wissen. In diesem Land sind wir deswegen so weit, weil wir mit unserer klaren Mehrheit entscheiden können wie es weiter geht und nicht auf faule Kompromisse eingehen müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber auch dann die Verantwortung übernehmen, wenn andere die Verantwortung abgeben. Sie erinnern sich noch, Herr Dr. Leitner, wie sie den Kontrollorganen der Hypobank nahe gelegt haben, dem Herrn Bürgermeister Müller und dem Herrn Direktor Samstag, aus dem Kontrollorgan der Hypo auszuscheiden, die Verantwortung der Kontrolle nicht mehr zu übernehmen. Da stellte sich die Frage für den Herrn Landeshauptmann: Was machen wir jetzt? Nehmen wir ÖVP-nahe für diese Funktion, die der SPÖ zusteht? Als zweitstärkste Partei hat sie die Aufgabe, auch Kontrollfunktionen in der Landesbank zu übernehmen. Nein! Es war der klare Auftrag, sozialdemokratische Frauen und Männer zu finden, die gewillt sind, Verantwortung zu übernehmen. Und wir haben sie gefunden!

Der Kollege Sonnweber als Bürgermeister und der Herr Kollege Schlögl als Bürgermeister haben gesagt, selbstverständlich übernehmen wir Kontrollverantwortung auch im Namen der Sozialdemokratischen Partei. Weil es wichtig ist, dass Kontrolle in diesem Land nicht monocolor passiert. Das ist unser Stil! Wir hätten ohne viel Dinge das mit unseren Freunden besetzen können. Vielleicht hätte der eine oder andere das kritisiert. Aber wir haben bewusst gezeigt, wie wichtig für uns Kontrolle ist und wie wichtig es auch ist, politische Partner mit in die Verantwortung ..., ihnen Mitverantwortung zu geben. Nur, sie müssen sie wahrnehmen auch. Für mich ist das, glaube ich, ein ganz klarer Beweis, dass es uns um die Sache geht.

Ich möchte abschließend einen zusätzlichen Beweis liefern, dass es uns um die Sache geht. Wir haben heute einen Antrag eingebracht, der da gelautet hat, dass mit 1. Juli dieses Jahres der Pro-

porz, was die Regierungsbildung im Land Niederösterreich anlangt, aufgehoben werden soll und mit 1. Juli eine neu zusammengesetzte Regierung die Geschicke übernehmen sollte.

Wir haben das auch deswegen gemacht, nicht, dass wir unbedingt wollten, Leitner & Co. aus der Regierung hinauszubitten, sondern um klar zu demonstrieren, dass nach der Wahl oder vor der Wahl, wenn der Proporz fällt, die SPÖ nicht sagen kann, die böse ÖVP wird ganz allein regieren. Und um das zu demonstrieren, haben wir gesagt, es ist gut, dass wir den Wählerinnen und Wählern zeigen können, auch vor der Wahl bereits, wie wir uns vorstellen, dass vorgegangen wird, wenn es keine Proporzregierung mehr gibt.

Nun hörte ich aus Kreisen der SPÖ, dass das nicht unbedingt für sie akzeptabel erscheint und dass das – an das haben Sie sich auch irgendwo geklammert – dass die Regierer während einer Periode gehen sollten, ist nicht die feine englische Art. Wir haben darüber nachgedacht und haben uns gedacht, wir werfen ein Hölzchen hin. Wir geben euch eine Chance. Ich werde jetzt einen Abänderungsantrag einbringen, der da lautet (*liest:*)

„Abänderungsantrag

der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dr. Michalitsch, Ing. Rennhofer, Hauer, Ing. Schulz und Edlinger zum Antrag des Rechts- und Verfassungsausschusses betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung, LtG. 306/A-3/14-2009.

Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. beiliegende Gesetzesentwurf wird wie folgt geändert:

Artikel II lautet:

„Artikel II

1. Artikel I tritt mit Beginn der XVIII. Gesetzgebungsperiode des NÖ Landtages in Kraft.

2. Artikel I Z.4 tritt hinsichtlich des Artikel 35 Abs. 1 am Tag nach der Verlautbarung des Wahlergebnisses gemäß § 100 der NÖ Landtagswahlordnung 1992, LGBl. 0300, in Kraft.“

Wir geben Ihnen eine Chance, eine demokratierepolitische Erneuerung in Niederösterreich zu ermöglichen. Stimmen Sie für die Abschaffung der Proporzregierung! Stimmen Sie für die gleichzeitige Aufwertung des Landtages und der Kontrolle! Und unterstützen Sie damit die demokratische Weiter-

entwicklung des Landes Niederösterreich! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Klubobfrau Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Landtages! Hoher Haus!

Es ist in der Tat jedenfalls ein historischer Tag. Denn eine Sondersitzung hier in Niederösterreich ist etwas noch nie Dagewesenes, ist etwas Neues. Und ich glaube auch, der Anlass dieser Sondersitzung ... (*Abg. Mag. Schneeberger: Von den Grünen initiiert! Sonst ist es nicht neu!*)

Eine von den Grünen initiierte Sondersitzung ist etwas Wichtiges. Und der Anlass rechtfertigt dieses Instrument.

Die Geschäftsordnung, wir vom grünen Klub haben das ja seit langem gesagt, ist unserer festen Überzeugung nach in vielen Punkten oder in einigen Punkten reformbedürftig. Da gibt es einige Inkonsistenzen, die einfach bereinigt gehören. Ich brauche das hier nicht näher auszuführen. Und es gibt die politische Frage des Ausbaus der Minderheitenrechte, der dringend notwendig ist und im Laufe der Zeit ja in den anderen Landtagen großteils bereits umgesetzt wurde.

Wir haben uns die diversen Instrumente, die es zur Kontrolle gibt in den verschiedenen Bundesländern, angeschaut und haben festgestellt, ja, es gibt hier einen Handlungsbedarf und deswegen haben wir schon 2009 diesen Antrag gestellt.

Dieser Handlungsbedarf ergibt sich insbesondere auch deswegen, weil durch die Kombination des geringen Bestands an Minderheitenrechten und der Proporzverfassung sich ein ganz besonderes Bild ergibt. Nämlich sind ungefähr 10 Prozent der Stimmen notwendig um einen Regierungssitz zu erlangen – nach der derzeitigen Verfassung. Wenn das aber der Fall ist, das heißt, wenn eine Partei diese Regierungshürde nimmt, dann ist sie auch in der Lage, volle parlamentarische Rechte auszuüben auf Grund der bekannten Erfordernisse: Sechs Unterschriften für einen Antrag oder ein sonstiges parlamentarisches Instrument.

Das heißt, ex definitionem sind eigentlich Regierungsparteien in der Lage, volle parlamentarische Rechte auszuüben. Das heißt, das moderne System von Checks and Balances ist insofern gestört als die derzeit einzige reine Oppositionspartei

in Niederösterreich diese Rechte nicht hat. Und aus diesem Grund haben wir eine derartige Demokratiereform angeregt. Das war das primäre Anliegen, diese Demokratiereform.

Damit knüpfe ich an die Ausführungen von Klubobmann Schneeberger und greife auf, weil ja doch meist die Mehrheit nicht im Ausschuss und im Unterausschuss zugegen war, was dort dazu gesagt wurde.

Im Unterausschuss und darauf aufbauend im Ausschuss hat es dann geheißen, auf meine Vorkhaltungen, dass das derzeitige System und so wie es gehandhabt wird, eigentlich ein Etikettenschwindel sei, nämlich dass es zwei Regierungsparteien gibt, die zwar ihren Sitz in der Regierung haben oder Sitze in der Regierung haben und dadurch natürlich auch einen Informationsvorsprung. Denn es gibt Regierungsinformationen, die eben ex definitionem natürlich nur der Regierung zugänglich sind. Sie machen aber mit diesen Informationen mehr oder minder reine Oppositionspolitik.

Und da kam dann als Gegenargument vor allem von Seiten von Klubobmann Waldhäusl: Ja, wir sind sehr leise in der Regierungsarbeit, die Frau Landesrätin erledigt ihre Arbeit zuverlässig, aber wir hängen sie nicht an die große Glocke. Und so wie wir öffentlich auftreten, das ist unser parteipolitisches Markenzeichen. Da haben wir halt einen lauten oppositionellen Ton. Und das sei auch deswegen, ich hoffe, ich gebe Sie richtig wieder, weil die ÖVP sehr viel mehr Geld hätte und natürlich ihre Regierungsarbeit ganz anders präsentieren könne in diversen Publikationen.

Ich halte Ihnen entgegen, Herr Klubobmann, so leise sind Sie nicht! Und auch die Frau Landesrätin tritt ja durchaus auch werblich in breiten Ausstrahlungen auf. Nur, auch dort ist es ein ausschließlich oppositioneller Ton, der angeschlagen wird. Und vom Regieren höre ich da nicht viel.

Natürlich ist uns klar, warum das so ist und man kann das ja auch offen aussprechen. Sie haben auf Bundesebene ja in den diversen Experimenten auch die Erfahrung gezogen, dass Ihnen das bei Ihrer Wählerinnen- und Wählerklientel nicht unbedingt gut tut, einen moderaten Regierungskurs zu fahren. Sie erinnern sich wahrscheinlich ungern an Knittelfeld und diese Ereignisse. Und um dem vorzubeugen spielen Sie dieses Doppelspiel: Nach außen Opposition, aber nach innen haben wir natürlich sehr gern die Information aus der Regierung, aus den Regierungssitzungen. Soviel dazu.

Aber bei der SPÖ schaut es natürlich nicht anders aus. Denn auch Sie haben jedenfalls ja auch in mehreren sachlichen Themen eigentlich die Linie gewechselt. Eben einerseits in diversen Kontrollgremien. Meine Kollegin, Frau Dr. Krismer wird darauf ja näher eingehen, dass Sie hier immer wieder alle Möglichkeiten hatten zur Kontrolle, auch mitgegangen sind, aber dann nach außen hin sich an dieses Mitgehen und an die gemeinsamen Beschlüsse offenbar nicht erinnern können.

Und Sie haben im Ausschuss vor allem folgende Argumentation vorgebracht, nämlich: Es käme doch nicht so sehr darauf an, wie jetzt die Regierung zusammengesetzt sei, sondern vorrangig gelte es, die Kontroll- und Minderheitenrechte auszubauen. Sage ich na ja, diese Argumentation, die könnte man ja durchaus vertreten.

Nur, was ist denn passiert? Ich erinnere mich: Wir hatten ja auch Gespräche, wo es geheißen hat, die SPÖ hat zwar Sitze in der Regierung, aber sie erkennt diese demokratiepolitische Notwendigkeit. Sie wird kämpfen, sie wird streiten für den Ausbau der Minderheitenrechte. Sie werde das auch bei konkreten anderen Entscheidungen, wo es um Verfassungsmehrheiten geht, zur Bedingung machen.

Seither, seit der Wahl und seit 2009, seit diesem Antrag, ist viel Zeit vergangen. Meine Frage: Wo stehen wir denn jetzt, Anfang 2012, mit dieser Zusage der SPÖ? Was ist denn passiert mit diesen vollmundigen Ankündigungen einer Demokratiereform? Ich nehme nichts mehr wahr! Und Sie spielen genauso dieses Doppelspiel: Sitzen in der Regierung, haben den Informationsvorsprung, aber die Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte, die ist irgendwo auf der Strecke geblieben. Die ist vergessen worden. Und ich denke, das kann und darf nicht sein! Wir brauchen eine echte Demokratiereform in Niederösterreich! *(Beifall bei den Grünen.)*

Denn dieses Doppelspiel, nach außenhin haben wir eine Oppositionsfassade, nach innen bekommen wir die Informationen und nutzen sie dann, das ist auch in der breiten Öffentlichkeit in der Tat ein Etikettenschwindel. Und ein Spiel mit demokratiepolitischen Positionen.

Regierungsparteien, die nur Opposition machen und in Wahrheit den Regierungssitz nicht dazu benutzen, eine Regierungsposition vielleicht in ihre Richtung zu verändern, ein bisschen eine andere Note zu geben, sondern eigentlich in der Öffentlichkeit dagegen aufzutreten, da stelle ich mir

schon die Frage: Was tut das in der Öffentlichkeit? Und was wollen Sie damit den Leuten sagen? Wir nehmen unseren Regierungssitz wahr, wir halten den Sessel. Und der Regierungssessel, der ist einmal weicher als die Oppositionsbank. Aber nach außen hin stehen wir nicht zu dieser Haltung.

Letztlich ergibt sich damit eigentlich das traurige Bild, dass in vielen Bundesländern jetzt eine Entwicklung genommen wurde, die meiner Meinung nach einfach zeitgemäß ist. Und dass das in Niederösterreich nicht nur nicht stattfindet, sondern dass auch noch diese Etikettenschwindelpolitik weiter betrieben wird.

Und ich kann Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen, Herr Dr. Leitner. Denn mit dieser Haltung und mit dem was Sie angekündigt haben, verhindern Sie ad personam die wahrscheinlich größte demokratiepolitische Reform, die es in Niederösterreich seit 1945 gegeben hat. Und dass das eine Partei wie die SPÖ oder Sie als Person das verhindern, das finde ich eigentlich wirklich unverständlich, traurig und auch der Situation im Lande nicht angemessen.

Und ich glaube auch, Herr Dr. Leitner, dass, nachdem was ich auch an Äußerungen von Ihnen aus den Medien entnommen habe, gäbe es für Sie hier und heute eine einzige Möglichkeit, Ihre ganz persönliche Glaubwürdigkeit zu erhalten oder wieder herzustellen. Nämlich dass Sie diesem Antrag auf Abschaffung des Proporz klar und entschlossen zustimmen. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kollegen des Landtages!

Diese Diskussion, die hier in den letzten Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit präsentiert wurde, kann man wirklich als reines Kasperltheater auf Kosten der Steuerzahler bezeichnen. *(LHStv. Mag. Sobotka: Das ist ein starkes Stück!)*

Die Bürger sind der Meinung, und auch wir sind der Meinung, es gibt Arbeit genug in diesem Land. Es gibt Arbeit genug. Wir kämpfen wöchentlich mit Budgets in den Gemeinden. Wir sprechen über Finanzprobleme im Bund, im Land. Es wird darüber nachgedacht, wie bei den Familien wieder eingespart werden kann. Die Bürger leiden unter Gebührenerhöhungen. Und diese Bürger müssen öffentlich zur Kenntnis nehmen, dass über eine

Form der Regierung, über eine Abschaffung, über eine Änderung diskutiert wird. Und wir sind der Meinung, dass nicht das aktuelle Regierungssystem ausgedient hat. Nein! Hier in Niederösterreich haben diese drei Gauklerparteien von ÖVP, SPÖ und Grünen ausgedient. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich sage bewusst, warum ich dieses Wort verwende. Woher kommt Gaukler? Was versteht man unter gaukeln, unter vorgaukeln? Und ich beginne mit der stärksten Partei hier im Lande, mit der ÖVP. Warum gaukelt uns diese ÖVP vor, man muss ein System ändern um arbeiten zu können? Ich glaube, die Regierung schaut so aus mit sechs Regierungsmitgliedern, es ist mehr als eine satte Mehrheit um arbeiten zu können. Und es wird ja auch immer, sowohl vom Landeshauptmann als auch vom Klubobmann betont, wo es weiter geht. Also, man kann arbeiten. Und es wird auch von beiden richtigerweise gesagt, es gibt Arbeit genug. Die Ärmel aufkrepeln, arbeiten.

Also das Argument, man muss das bisherige System über Bord werfen um wieder ordentlich arbeiten zu können, ist kein Argument, das hält. Auch im Landtag verfügt diese ÖVP über eine Mehrheit. Sie benötigt keine andere Partei um Arbeiten zu können. Also bitte, das Argument, man muss etwas ändern in dem System damit etwas weiter geht, ist ein falsches Argument. Man muss auf die Zurufe ja nicht hören, wenn jemand anderer Meinung ist. Mit einer Mehrheit ausgestattet kann man und soll man arbeiten. Es gibt Arbeit genug! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und nachdem der Klubobmann Schneeberger von dieser Offenbarung gesprochen hat, auch hier gäbe es Arbeit. Und du hast die christlichen Werte angesprochen. Die hatte ich vermisst, wie es um die Madonnenschändung gegangen ist. Da hättet ihr arbeiten können. Da habt ihr die Augen zu gemacht und habt nicht im christlichen Sinne gearbeitet. Also man merkt schon, man sieht sich da nicht alles so genau an. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Richtung SPÖ: Warum ich hier das Wort Gaukler verwende. Da wurde ja wirklich absolut gegaukelt. Zuerst sagt man, so wie es in der Demokratie auch zulässig ist, man möchte dieses System nicht ändern. Ist zulässig, ist in Ordnung, demokratiepolitisch absolut in Ordnung. Und dann gibt's, ohne dass ich jetzt so konkret und genau darauf eingehe wie Klubobmann Schneeberger, ich sage es salopp, innerhalb von 4 Wochen sechs Meinungsänderungen. Einmal in die Richtung, einmal in die. Der Bürger weiß nicht mehr, was ist jetzt wirklich da mit dieser Partei? In welche Richtung wollen sie? Was ist da passiert? Da gaukelt man sehr wohl dem Bürger etwas vor.

Und zu den Grünen: Auch hier ist es Gauklerei. Denn der wahre Grund, warum ihr Grüne dieses System ändern möchtet und wollt, ist der: Weil wenn es nach dem Wählerwillen geht, werdet ihr nie in die Regierung kommen. Ihr müsst dieses System ändern damit ihr als Beiwagerl der ÖVP nach der nächsten Wahl eventuell einmal einen Regierungssitz bekommt! Der Wähler wird euch nie in diese Position bringen. Daher gaukelt doch nicht etwas dem Bürger vor, wo es euch um ganz etwas anderes geht.

Und dieses Schwarz-Grün zeichnet sich ja heute hier schon schön ab. Vielleicht hat jemand bereits Angst in der ÖVP, dass die absolute Mehrheit nächstes Jahr verloren gehen könnte. Oder 28 Mandate übrig bleiben. Dann braucht man einen Partner. Und die billigste Braut, Herr Landeshauptmann, wird wahrscheinlich die Kollegin Petrovic sein. Ob es die schönste ist, ist eine andere Frage, aber die billigste Braut wird sie sein. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Das ist nicht ...

Präsident Ing. Penz: Herr Klubobmann! Ich habe Verständnis für eine Debatte, aber ich bitte, das zurückzunehmen!

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Hier geht's um die Inhalte, die ich meinte. Und rein inhaltlich ist es so, dass hier die Grünen sicherlich ein guter Mehrheitsbeschaffer sein werden.

Uns geht's in dieser Diskussion um ganz etwas anderes. Nicht, warum eine Partei mehr oder weniger als die andere gaukelt. Uns geht's darum, warum wir dieses System, das wir jetzt in Niederösterreich - bewährt, lang bewährt - haben, auch beibehalten möchten: Dieses System garantiert, dass der Wählerwille auch tatsächlich in der Regierung Niederschlag findet. Dieses System gewährleistet, dass der Bürger mit seiner Stimme auch entscheiden kann, darf und auch in Zukunft wird, dass seine Stimme auch in der Regierung Platz hat.

Und ich bin nicht der Meinung, so wie viele Vorredner heute, dass ein Abgehen von diesem System ein mehr an Demokratie ist. Wenn der Wählerwille nach dem Landtag beendet ist und in der Regierung nicht mehr Niederschlag findet, dann kann mir keiner erzählen, dass das ein Mehr an Demokratie ist. Ich würde sagen, wenn wir dieses System über Bord werfen, werden wir weniger Demokratie haben. Denn der Bürger denkt sich etwas dabei, wenn er sagt, es ist gut, dass ich auch in der Regierung mitentscheiden darf und kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und der Bürger und wir haben da auch eine prominente Unterstützung dabei. Denn es war ja niemand geringerer als der Landeshauptmann von Niederösterreich, der gesagt hat, da in Wien geht nichts weiter, dieses System der Regierung ist eigentlich eine Katastrophe. Man müsste ein anderes System einführen, das Mehrheitsbeschlüsse möglich sind. Und er hat auch gesagt, das niederösterreichische System sollte man auf Wien umlegen. Das heißt, er hat in Wirklichkeit hier für unser bewährtes System gesprochen.

Natürlich ist es, gebe ich Recht, in Niederösterreich mit einer absoluten Mehrheit ... *(LH Dr. Pröll: Das Wahlrecht! Ich habe vom Wahlrechtssystem gesprochen! Person vor Partei!)*

Herr Landeshauptmann, dann wurden Sie in den Medien falsch interpretiert. Sie haben gesagt, so ist es in den Zeitungen nachzulesen, dass das niederösterreichische System ein bewährtes ist. Es wäre auf Wien umzulegen. Aber egal wie immer. Zumindest haben wir gemeinsam in die Richtung gedacht. Und ich habe auch viele, viele ÖVP-Politiker getroffen und mit ihnen gesprochen, die auch der Meinung sind, dass grundsätzlich dieses System sich positiv bewährt hat.

Und dass es kein schlechtes System ist, merken wir auch, gehen wir eine Ebene tiefer. Der dritte Punkt, die kommunale Ebene. Es funktioniert auch auf kommunaler Ebene perfekt. Der Bürger entscheidet in den Gemeinden auch bei Gemeinderatswahlen darüber, wer in den Stadträten, wer geschäftsführender Gemeinderat ist. Der Bürger entscheidet auch auf kommunaler Ebene, in Niederösterreich eben durchgängig, wer regiert. Und auch dort ist es zulässig, dass halt jemand einmal in der Gemeindeführung ist und auch trotzdem einmal nein sagen kann zu gewissen Punkten. Das soll und muss in einer Demokratie in Ordnung sein. Das heißt, in den Gemeinden gibt es Demokratie genug, obwohl wir dieses System haben. Und es hat sich in den Gemeinden bestens bewährt.

Und machen wir einen Blick über die Grenze, schauen wir in die Schweiz. In der Schweiz, glaube ich, wird keiner mir Unrecht geben, hat sich dieses System, dieses niederösterreichische System, wie wir es jetzt haben, gut bewährt. Und ich bin ein Verfechter davon. Wenn wir daran denken, dass auch auf Bundesebene mehr weiter geht als bisher, dass die Blockaden, die Sie richtigerweise kritisiert haben, ein Ende haben, wir mit dem Schweizer System das beenden würden. Denn dann würden sich Mehrheiten finden. Und ich bin auch der Meinung, dass es wichtig und gut ist für eine Demokratie, wenn alle Parteien ob dieser Stärke auch in der

Regierung vertreten sind. Es ist gut wenn Parteien miteinander reden müssen. Es ist gut wenn Parteien miteinander diskutieren müssen über gewisse Punkte. Und diese Meinungsvielfalt würde sicherstellen, dass kein Stillstand ist und dass keine Blockade stattfinden kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich nehme an, Herr Landeshauptmann, auch so haben Sie Ihre Wortmeldung Richtung Bund ja verstanden. *(LH Dr. Pröll: Herr Klubobmann! Mit einem Unterschied: In der Bundesregierung herrscht Einstimmigkeitspflicht und in den Landesregierungen gibt's Mehrheitsentscheidungen! Das ist der Unterschied und das habe ich auch gemeint!)*

Das ist absolut richtig. Und trotzdem bin ich der Meinung, dass wir dieses System auch auf Bundesebene gut umlegen könnten.

Ich gehe noch einen Schritt weiter als Sie. Weil ich der Meinung bin, dass dann wirklich tatsächlich etwas weiter geht wenn man sich der Sache auch überparteilich stellen muss, der Diskussion stellen muss und die Bevölkerung dann auch entscheiden kann, aha, in dieser Frage steht diese Partei dafür, in dieser dafür. Und dann hat man bei der nächsten Wahl auch viel besser die Möglichkeit, festzustellen, wer hat meine Interessen am besten vertreten.

Und dass es geht, dass man, obwohl man in der Regierung eine Minderheit ist, zeigen wir doch mit unserer Landesrätin Barbara Rosenkranz. Auch wenn sie nicht in der Kompetenz dieses Ressort hat was andere Regierungsmitglieder haben. Sie hat sehr wichtige Ressorts. Ich denke hier nur an die Bauordnung. Jeder Bürger ist davon betroffen ab dem Zeitpunkt da er in das Alter kommt wo er, egal, eine Wohnung, ein Einfamilienhaus, eine Renovierung, eine Wiederinstandsetzung, eine Sanierung ...

Wir haben in dieser Zeit trotz einer ÖVP-Mehrheit sehr viele Änderungen in der Bauordnung vorgenommen. Und da muss man halt gute Ideen haben und was Vernünftiges wollen. Ansonsten wäre es nicht möglich, dass wir eine Mehrheitspartei überzeugen könnten. Wenn das nichts Gescheites ist und ich würde zum Kollegen Schneeberger kommen oder die Frau Landesrätin, würde was vorlegen, dann wird es in der Regierung keine Zustimmung geben.

Wenn man etwas vorlegt und auch bereit ist, darüber zu diskutieren und verhandelt, so, wie gesagt, wie es im Bund wichtig wäre, über Parteigrenzen hinweg. Es muss doch möglich sein, dass man sagt, die Politik gehört dorthin wo sie hingehört. Aber wenn gearbeitet wird, muss gearbeitet wer-

den, heißt es Ärmel aufkrepeln und für den Bürger etwas tun. Und wir zeigen es vor. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte jetzt nicht alle Punkte aufzählen. Ich möchte nur daher das noch einmal in Erinnerung rufen, dass man sehr wohl auch dann etwas bewegen kann wenn es um die Interessen der Bürger geht. Die Bürger verlangen, dass wir arbeiten. Und die Bürger würden auch – und das ist abschließend auch etwas sehr Wichtiges, weil einige Male da jetzt der Eindruck entstanden ist, man kann Demokratiereformen oder Änderungen in der Geschäftsordnung nur mit einer Änderung des bisherigen Systems herbeiführen. Das ist ja nicht richtig!

Auch wenn dieses meiner Meinung nach bewährte System beibehalten wird, besteht die Möglichkeit, dass der Landtag sehr wohl sagt, ja, wir wollen gewisse Minderheitsrechte ändern. Für mich wäre es sowieso ..., ich mein, wir sind hier einer Meinung, und die ändern wir auch nicht. Aber wenn ich nur daran denken würde, hier etwas zu ändern, dann würde ich zum Kollegen Klaus sagen, du Klaus, aber das muss Hand in Hand passieren. Ich kann ja nicht heute ein System ändern und dann steht im Antrag drinnen, dass irgendwann hier das geändert wird, wie dann die Parteien, die nicht in der Regierung sind, hier Kontrollrechte ausüben können. Wie Minderheitenrechte ausschauen. Das heißt, wenn du mit mir verhandelt hättest, hätte ich gleich gesagt, denke nicht darüber nach, weil wir hier doch eine Meinung haben. Aber wenn, dann müsste das in einem Paket passieren. Nicht, weil ich euch nicht traue. In dem Fall glaube ich euch, wenn ihr das sagt, dass ihr es auch machen würdet. Aber wenn, dann gehört das in einem Paket gemacht. *(Beifall bei der FPÖ und Teilen der SPÖ. – Abg. Mag. Schneeberger: Das war aber sehr zaghaft!)*

Was meine ich damit? Dass sehr wohl, wenn auch heute dieses Thema ... *(LH Dr. Pröll: Selbst das Klatschen war unglaubwürdig! – Abg. Razborcan: Aber von Herzen!)*

Wenn heute dieses Thema, egal wie auch immer, vom Tisch ist und Gott sei Dank wieder wir uns den wichtigen Themen der Bürger widmen, sollen wir es nicht aus den Augen verlieren, hier Änderungen vorzunehmen betreffend Minderheitsrechte, betreffend Kontrollrechte. Und auch einen Schwerpunkt, der für uns einer der wichtigsten ist, wie man die direkte Demokratie auch in Niederösterreich noch stärken kann, noch weiter stärken kann. Ohne dass man darüber diskutiert wie schlecht etwas ist. Man muss nicht etwas schlecht machen. Man kann sagen, das ist so. Den einen ist es schon genug,

der andere sagt, ich hätte noch ein bisschen was. Aber diskutieren wir, nachdem wir das dann heute beendet haben, darüber, wie man die Bürger besser einfügen kann, wie man sie besser beteiligen kann, wie man direkte Demokratie auch in Niederösterreich verstärken kann.

Das heißt, egal, wie immer die Diskussion heute ausgeht, ob wir bei diesem bewährten, sehr demokratischen System bleiben, was ich hoffe, steht noch immer für uns offen, dass wir nicht zu warten bis zur nächsten Wahl. Direkte Demokratie, eine Einbindung nach Schweizer Modell – mein Kollege wird dann noch einige Punkte dazu ausführen –, das ist etwas, was sich die Bürger sehr wohl wünschen.

Sie wünschen sich nicht nur ein Ende dieser Debatte, sie wünschen sich vorwiegend dass, und da gebe ich allen Recht, im Interesse der Bürger gearbeitet wird. Streit, und ich sage bewusst, der Bürger unterscheidet sehr wohl etwas, Streit in der Regierung, da gehört kein Streit hin. In der Regierung muss gearbeitet werden. Aber auf politischer Ebene muss es möglich sein und soll auch in einer Demokratie sein, dass man einmal verschiedener Meinung ist. Das diskutiert man aus. Darum gibt's diese Gewaltentrennung Exekutive - und hier haben wir die Legislative. Das hat sich bewährt. Behalten wir Bewährtes bei! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

Abg. Moser (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf auch dazu Stellung nehmen zum heutigen Antrag bzw. zur Frage des Proporzges grundsätzlich. Ich glaube, heute ist in der Geschichte des Landes Niederösterreich wirklich ein bedeutender Tag. Die Änderung der Landesverfassung ist für unser demokratisches Zusammenleben ganz einfach wirklich ein entscheidender Schritt. Und nicht nur in der Schweiz, Herr Waldhäusl, auch die österreichische Bundesverfassung ermöglicht den Ländern in ihrer jeweiligen Landesverfassung eine entsprechende Gestaltungsmöglichkeit, wie und in welcher Form die Zusammensetzung der Landesregierung erfolgen soll. Und das ist unterschiedlich in den Bundesländern.

Wien und Vorarlberg hatten immer schon ein völlig anderes Modell und den Proporz nie in der Landesverfassung enthalten. Andere Bundesländer wie zum Beispiel Tirol und Salzburg haben 1998

diesen Proporz abgeschafft und die Steiermark am 22. November 2011. Und lieber Herr Waldhäusl, wenn du von gaukeln sprichst und sozusagen von Gaukeln und Ähnlichem sprichst und du wirklich das so darstellst, dann muss ich eines klar sagen: Du hast auch gemeint, dass die Volkspartei Niederösterreich kein System über Bord werfen muss und ähnliches. Das ist völlig richtig. Nur muss man schon bereit sein, auch zu arbeiten wenn man einen Auftrag in der Regierung bekommt. Und das ist, glaube ich, meiner Auffassung nach, der entscheidende Schritt.

Uns geht's darum, und da könnt ihr auch ein bisschen Anleihe nehmen, bei den Parteien anderer Bundesländer: Die Steirer haben das einvernehmlich, mit allen Parteien gemeinsam im Landtag beschlossen. Auch die Freiheitlichen waren dabei. Weil die bereit sind, einen offenen, modernen Weg zu gehen. Wir sind reformfreudig. Und wir wollen daher auch diesen offenen modernen Weg heute beschließen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege, ich glaube, bei einem sind wir durchaus einer Meinung. Wir brauchen weder eine Euphorie für den Proporz noch eine Euphorie gegen den Proporz. Beide Modelle haben etwas für sich. Und es ist ja natürlich auch eine Tatsache, dass das Land Niederösterreich – und da darf ich dem Kollegen Waldhäusl völlig Recht geben – in den letzten Jahren sehr erfolgreich mit diesem Proporzmodell arbeiten konnte. Weil es im Land Partner gegeben hat, in der Regierung Partner gegeben hat, die bereit waren, auch diese Arbeit fürs Land mitzutragen. Und da gibt's eine ganze Reihe von Beispielen dafür.

Wenn man sich zurückerinnert, dass ein Landeshauptmannstellvertreter Höger, eine Landeshauptmannstellvertreterin Onodi oder ein Hans Czettel oder Leopold Grünzweig oder viele, die hier in der Regierung vertreten waren von der sozialdemokratischen Partei, bereit waren fürs Land zu arbeiten. Bereit waren, sowohl im Landtag als auch in der Landesregierung Beschlüsse zu erarbeiten, Projekte zu erarbeiten und die dann gemeinsam beschlossen haben. Und das wohl wichtigste Beispiel dazu ist ja, was uns am Weg nach vorne gut begleitet hat. Ist der gemeinsame Beschluss der Landeshauptstadt, die damals ins Leben gerufen wurde. Es ist der gemeinsame Beschluss gewesen, dass wir jetzt 25 Jahre erfolgreiche Regionalpolitik feiern können.

Ja, liebe Damen und Herren, nicht umsonst ist diese positive Entwicklung möglich gewesen. Weil sie breit getragen war in der Geschichte. Und es war auch ein Beitrag dazu, dass das Land Nieder-

österreich oder der Herr Landeshauptmann im Vorjahr den Award für die innovativste Region Europas in Empfang nehmen konnte, liebe Damen und Herren. Das hat Niederösterreich, diese gemeinsame Arbeit in der Vergangenheit, an die Spitze gebracht. Und darauf ist ein ganz wesentlicher Erfolg in der Geschichte des Landes zurückzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur, damals wurde halt gearbeitet. Heute wird blockiert und wird manches hintertrieben. Und ich muss sagen, nur dort, wo konstruktive Arbeit geleistet wird, wo alle bereit sind, auch an der Arbeit teilzunehmen, hat dieses Proporzmodell auch seinen Platz. Es ist halt schon so, wenn dieser Auftrag sozusagen zugewiesen wird über die Landesverfassung, in der Regierung vertreten zu sein, dann kann sich natürlich jetzt der Landesbürger nicht aussuchen wer von der Partei in die Regierung hinein entsendet wird. Wie sich diese jeweilige Person verhält.

Und es konterkariert natürlich auch die Landesverfassung und die Arbeit im Landtag. Auf der einen Seite, und Herr Waldhäusl, das ist der wesentliche Punkt, wenn auf der einen Seite ein Auftrag zugewiesen wird, an der Regierung teilzunehmen und auf der anderen Seite wird Opposition betrieben. Das hat auch Frau Dr. Petrovic deutlich gemacht: Regieren und Opposition in einem geht halt nicht. Dafür gibt's auch Beweise genug in der Vergangenheit.

Und wenn ich hier deutlich mache, dass Regierungsparteien, also Parteien, die ein Regierungsmitglied stellen, die oftmals sogar in der Regierung was gemeinsam beschlossen haben, wo dann die eigene Partei im Landtag sich anders verhalten hat, die kein Budget beschlossen hat, aber Geld ausgegeben wollte, da gleich Anträge stellen, wieder 500 Millionen für das eine oder das andere: Das ist verantwortungslos. Wenn Parteien in der Regierung sitzen, die nebenbei Opposition betreiben, ja nicht nur Opposition betreiben, sondern öffentliche Medienkampagnen starten gegen Regierungsbeschlüsse, die gefasst wurden, liebe Freunde, dann muss man nachdenken, ob es noch zeitgemäß ist, dass Leute ganz einfach in einem Proporzmodell in der Regierung vertreten sind, die das eigentlich in Wahrheit selber gar nicht wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lieber Herr Dr. Leitner! Man muss schon eines sagen: Wenn ihr jetzt so tut als ob die Volkspartei plötzlich da einen neuen Weg gehen würde. Wir haben die Diskussion nicht vom Zaun gebrochen, da hat Herr Waldhäusl völlig Recht gehabt. Wir haben in der Regierung Möglichkeiten, positiv fürs

Land zu arbeiten, das ist überhaupt keine Frage. Da brauchen wir nichts ändern, aber überhaupt nichts ändern in der Regierung.

Nur, wenn der Proporz fallen soll und der Herr Dr. Leitner das lautstark verkündet und das bei einem Pressegespräch oder –konferenz, weiß ich nicht, das war im Juli des vergangenen Jahres, ist groß in den Gazetten gewesen, dann ist es halt so und wie schon von Klubobmann Schneeberger auch ausgeführt wurde, bei uns ist das so der Fall, wenn der Parteichef etwas anordnet und was von sich gibt, dann ist das in der Regel besprochen.

Jetzt bin ich davon ausgegangen oder können wir davon ausgehen, dass natürlich das auch mit der Partei in irgendeiner Abstimmung erfolgte. Und wenn heute die SPÖ hergeht und sagt, na ja, aber das eine Paket und den anderen Punkt, oder das andere hätten wir ja gleichzeitig verhandeln müssen oder ähnliches, ja, fällt euch das jetzt erst ein? Ihr habt ein 13-Punkteprogramm vorgelegt. Ich kann es euch genau zitieren, das ganze 13-Punkteprogramm. Ich erspare euch das jetzt. Interessant ist nur, wenn man die Conclusio aus dem 13-Punkteprogramm sich hernimmt, dass da in fünf Punkten die Frage Opposition vorkommt. Wir sind eh dafür, dass die Oppositionsrechte gestärkt werden. Doch dass es gerade von euch so kommt, ist ein bisschen bemerkenswert auf jeden Fall.

Andererseits gibt's natürlich viele andere Punkte, wo es darum geht, hier auch die Minderheitenrechte zu stärken, den Landesrechnungshof zu stärken, den Landtag aufzuwerten, Berichtspflicht und vieles mehr. Alles Punkte, worin Einigkeit bestanden hat. Und der Klubobmann Schneeberger das ja gemeinsam verhandelt hat.

Das heißt, wenn ich von 13 Punkten mit 12 ganz und mit dem anderen gesprächsbereit bin, das heißt, 12,5 von 13 Punkten im Wesentlichen erfüllt sind, dann die Verhandlungen ohne einen Muxer zu machen, einfach abgebrochen werden, dann muss man sagen, ist diese Art von Politik ganz einfach von der Bevölkerung wirklich nicht zu akzeptieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich meine, die Bevölkerung sieht natürlich schon, dass der Herr Dr. Leitner mit seiner SPÖ Niederösterreich oder Sozialdemokratie Niederösterreich halt ein bisschen einmal ja sagt, ein bisschen einmal nein sagt. Das ist so, wie wenn ein Vogerl im Nest drinnen sitzt und einmal das Kopferl 'raushält und wenn ein frischer Wind kommt, dann zieht man es wieder zurück. Und einmal schaut man nach links und einmal nach rechts und dann duckt man sich wieder. Freunde, das ist keine Art, hier Politik zu machen!

Ich glaube, daher ist es ganz, ganz wichtig, auch festzustellen, dass diese Art von Politik für die Bürgerinnen und Bürger unkalkulierbar ist. Und keiner will eine unkalkulierbare Politik haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte ja nicht so weit gehen, die Frau Dr. Petrovic hat dieses Doppelspiel angesprochen. Das ist ja damit eigentlich ganz stark im Zusammenhang. Aber da stellt sich natürlich schon die Frage, wer funktioniert da wie oder wer funkt da in welcher Form oder wer hat die Fernbedienung in der Hand von der SPÖ? Ist es der Herr Leitner oder ist es der Herr Leichtfried oder ist es doch jemand anderer? Oder funktioniert die Fernbedienung zwischen Regierung und Landtagsklub nicht oder zwischen Bundesregierung und Land? Man stellt sich da immer die Frage, gibt's überhaupt eine Fernbedienung? Gibt's überhaupt ein Programm? Sind da so viele Funklöcher dazwischen oder was auch immer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich möchte ja nicht so weit gehen wie der Herr Waldhäusl, und das möchte ich auch zurückweisen, also ein Kasperltheater darf man damit sicher nicht vergleichen. Aber wir sind gestern, vorige Woche in so einer Runde zusammen gesessen und einer hat mir erzählt, dass er am Villacher Fasching eingeladen war, die Karten geschenkt bekommt hat und dort mit Begeisterung dabei war und dort natürlich politisches Kabarett Theater auch gespielt wird. Ist überhaupt keine Frage. Und er hat gesagt, wenn die SPÖ in Niederösterreich so weiter tut, müsst ihr aufpassen, dass dieses „leilei“ von Kärnten sich nicht auf die SPÖ Niederösterreich überträgt. Weil das eine könnte ja „Leitner“ und das zweite „Leichtfried“ heißen. Und mit diesen „leilei's“ in Niederösterreich kommen wir da wirklich nicht voran. Und das ist schon die Meinung der Bevölkerung, liebe Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber interessant, liebe Damen und Herren, ist halt auch schon eines. Dass im Interview im „Standard“ der Herr Dr. Leitner dann sagt, bei diesen 13 Punkten ist ihm nicht ganz nachvollziehbar was sein Klubobmann da verhandelt hat oder wie das gewesen ist. Man muss eines klar sagen: Wenn hier Punkte auf den Tisch gelegt werden, dann sind die auch mit Ernsthaftigkeit – und so sehen wir unsere politische Arbeit im NÖ Landtag – , mit Ernsthaftigkeit zu verhandeln.

Ich darf daher zwei Punkte ..., die sind für mich persönlich eigentlich ganz wichtig in der Gesamtentscheidung. Das eine ist die Frage der demokratiepolitischen Regelung. Und das Zweite ist die Frage, wie geht's dem Land insgesamt und was

kann man für's Land tun. Und da muss man, glaube ich, eines deutlich sagen: Bei der demokratiepolitischen Regelung geht es darum, dass wir mit der Abschaffung des Proporzsystemes ganz einfach eine freie Regierungsbildung haben. Wir niemanden zwingen wollen, in der Regierung zu sitzen der das auch nicht will, sondern offen hier Regierungsarbeit und die Mitglieder der Regierung sich zusammenfinden können.

Und natürlich ist es uns dabei wichtig, dass, wenn mit diesem Rahmengesetz, das wir heute beschließen – und da hat ja der Herr Klubobmann auch zusätzlich ein Angebot gemacht – nicht sofort, sondern erst nach der nächsten Wahl. Denn die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen was sie vor der nächsten Wahl erwartet. Es muss Klarheit sein, welches Modell hier gewählt wird und wie die Regierungsbildung dann auch tatsächlich erfolgt.

Und für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass eine Aufwertung des Landtages damit verbunden werden kann. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Beschlussfassung im Landtag erfolgt. In welcher Form bzw. in welchem Umfang, durchaus kann man die Regierungsbildung auch verkleinern. Auch das ist in der Möglichkeit des Landtagsbeschlusses, in unserem Antrag, mit enthalten.

Das heißt, dass die Kontrollrechte, die Minderheitenrechte, die Geschäftsordnung und all das eine Folge sind nach diesem Rahmenbeschluss. Ist ja auch für uns völlig klar. Und wir meinen daher, dass mit diesem heutigen Beschluss nicht eine Zwangsehe sozusagen auf Dauer verordnet ist, sondern dass wir zu einem offenen, flexiblen Modell kommen.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt, was für das Land wichtig ist. Das eine ist die Demokratie, die kann so und so funktionieren, wenn man arbeitswillig ist. Das Zweite: Für's Land ist aber schon bedeutend, dass es einen klaren Wählerauftrag gibt. Und ich glaube, die jetzige Diskussion zeigt sehr deutlich, wie wichtig es ist, Klarheit im Land zu haben. Und Herr Waldhäusl hat schon Recht: Auch wenn eine Koalition gebildet wird, ist das nicht die Garantie, dass jeder mit Mut und Zuversicht und Freude immer wieder bei der Arbeit dabei ist. Mut und Ratlosigkeit ist in der Bundesregierung doch zu verspüren.

Nur, bei einer Zwangszusammenführung sozusagen, wie es im derzeitigen Proporzsystem ist, hat man überhaupt keine Möglichkeit, sich einen Koalitionspartner zu suchen. Für uns ist daher wichtig, wie die Arbeit im Land vonstatten geht. Und liebe

Damen und Herren, Klarheit durch Mehrheit bringt eben ganz einfach einen Erfolg. Das haben die Landesbürgerinnen und –bürger in der Vergangenheit bewiesen. Und es ist völlig richtig, dass wir ein modernes Wahlrecht haben, wo Namen vor der Partei stehen. Es ist völlig richtig, dass wir damit, mit dieser klaren Mehrheit im Land, auch Entscheidungen treffen konnten, die in die Zukunft reichen. Und das hat uns in Niederösterreich erfolgreich gemacht!

Denn bitte nicht umsonst – und Gott sei Dank wurden wir dabei oder konnten wir auf Grund der Verhältnisse in der Landesregierung und im Landtag dabei nicht blockiert werden. Wir können schon darauf verweisen, dass wir nahezu 600.000 Beschäftigte haben. Wir können schon darauf verweisen, dass wir positive Wachstumsprognosen haben. Und wir können schon darauf verweisen, dass die Landesakademie in ihrer Analyse auch festgestellt hat, dass 96 Prozent der Landesbürgerinnen und Landesbürger mit der Arbeit im Landtag zufrieden sind. Und das ist natürlich ein Zeugnis im Wesentlichen für die Mehrheitspartei.

Und daher wollen wir durchaus auch reformfreudig einen anderen Weg gehen, der zunächst von Dr. Leitner verlangt wurde, überarbeitet wurde. Und ich glaube, jetzt wäre es an der Zeit, diesen modernen Weg auch zu gehen. Wir wollen seitens Niederösterreich hier ganz einfach diesen demokratiepolitischen modernen Weg heute auch beschließen. Wir sind bereit, diesen demokratiepolitischen Meilenstein zu setzen und diesen historischen Beschluss für das Land Niederösterreich zu fassen. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber.

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung!

Für das Land und für die Bürgerinnen Niederösterreichs schreiben wir heute Geschichte. Dieser Landtag, dieser „Sonder“-Landtag ist ein ganz besonderer Tag für das Land. Dieser Tag würde dem Land eine große Chance bieten. Die Chance, im Winter – man will es nicht glauben wenn man hinausgeht – aber jetzt im Winter den demokratiepolitischen Frühling nach Niederösterreich zu bekommen. Ihn ausrufen zu können.

Ich muss leider im Konjunktiv sprechen. Es geht genau darum, dass wir das größte Demokratiepaket heute beschließen könnten, historisch seit 1945. Es ist eigentlich ein Wahnsinn. Es geht genau darum, Herr Kollege Waldhäusl, aber auf Sie komme ich noch. *(Abg. Waldhäusl: Wo hast du es? Kennst die Anträge nicht?)*

Es steht alles im Antrag drinnen, ich komme noch auf Sie. *(Abg. Waldhäusl: Wo steht es drinnen?)*

Die ÖVP Niederösterreich hat mit den Grünen einen Schulterschluss gemacht. Wir haben jetzt den Schulterschluss der Reformen in diesem Land. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, was die genauen Gründe der ÖVP sind, mir ist das egal: Es geht hier ums Land. Was zählt, ist einerseits der Wille und was zählt sind die Taten.

Und der Antrag, der jetzt im Ausschuss eigentlich ein Versuch war, zu diskutieren, weil ja SPÖ und FPÖ im Ausschuss nicht mehr bereit waren zu debattieren, und jetzt auch noch dieser Abänderungsantrag von Ihnen Herr Klubobmann Schneeberger, das sind Taten, Herr Klubobmann Waldhäusl. Das ist eine Verfassungsänderung, die ihrsgleichen sucht. Und die genau diesen demokratiepolitischen Frühling für Niederösterreich bringen könnte. *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP.)*

Es ist schon ausführlich dargestellt worden, weil wir reden ja nicht dass wir uns unterhalten, sondern die Menschen draußen sollen uns verstehen, dass es hier eine besondere Mehrheit braucht, eine Zweidrittelmehrheit für eine Landesverfassung. *(Abg. Waldhäusl: Das ist ja nur, weil ihr nie einen Regierungssitz bekommt!)*

Was sagt die SPÖ dazu? Wo ist die SPÖ überhaupt in der Frage? Die SPÖ Niederösterreich hängt an diesem Modell der Steinzeit. Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner, haben Sie sich jetzt damit zum Proporz-Dinosaurier der Republik gemacht. Ich habe ja was über als Grüne für aussterbende Arten. Ich sage Ihnen: Sie sind ab jetzt zum Aussterben verurteilt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Worum es geht, ist nicht ums Land, nicht um eine Sozialdemokratie wie in der Steiermark, die um Reformen bemüht ist Um einen demokratiepolitischen Frühling, den dieses Land braucht wie einen Bissen Brot. Da geht's um Befindlichkeiten. Befindlichkeiten vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner. Und um sonst geht's da überhaupt nichts mehr. Da geht's nur um Befindlichkeiten.

Es geht Ihnen um Befindlichkeiten, mehr, alle Abgeordneten der SPÖ, wie sie heute hier sitzen, Ihnen geht's um Befindlichkeiten des Parteiobmannes und Landeshauptmannstellvertreters. Um genau diesen Proporz-Saurier geht es Ihnen. Es geht Ihnen nicht um die notwendigen Bürgerinnenrechte, weil das sind Bürgerinnenrechte, Herr Kollege Waldhäusl. *(Abg. Waldhäusl: Die sind ja nicht im Antrag!)*

Es geht um Minderheiten, um Kontrollrechte dieser 56 Abgeordneten. Und ich sage Ihnen, ich bin's ja nicht, aber viele in den Bezirken, direkt gewählt in einem Wahlrecht, das wir in Niederösterreich haben: Name geht vor Partei. Man ist den Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Na, welche Rechte habt ihr als Abgeordnete? Und das hat die ÖVP erkannt. Die ÖVP hat erkannt, dass es Minderheitenrechte braucht, dass es Kontrollrechte braucht, wenn der Proporz aufgehoben werden soll. *(Beifall bei den Grünen. – Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*

Seit 2009 warten die Grünen, dass sich irgendwas im Land bewegt. Dann war es endlich so weit, die ÖVP und die SPÖ sagen öffentlich, sie setzen sich zusammen. Ich glaube, das kann man sich vorstellen, wenn man als einzige Opposition einen Antrag einbringt und bei den Gesprächen nicht eingebunden ist und nicht erwünscht ist, naja, findet man nicht so schön. Aber eines war für mich dann als Grüne klar: Wenn die jetzt zusammensitzen, dann wird der Frühling in irgendeiner Form kommen. Er wird kommen. Und man wird dann erfahren wie er kommt.

Und dann, am 16. Dezember, ich habe geglaubt ich spinn', einen Tag nach der Landtagssitzung, ereilt mich die Meldung: Die SPÖ ist vom Verhandlungstisch aufgestanden. Habe ich mir gedacht, ich sage es wie es ist, ich habe mir gedacht, sind die deppert? Oder wie bei Asterix und Obelix: Spinnen die? Das geht sich ja alles nicht mehr aus!

Mittlerweile verstehe ich es. Weil es da wirklich nur um Befindlichkeiten von einem Parteiobmann geht. Weil da irgendwer am Sessel klebt! Und es geht nicht um all diese Rechte.

Und das Erstaunliche: Wir haben ja heute einen Antrag, das ist jetzt kein Gespräch mehr zwischen zwei Parteien hinter Polstertüren. Na lesen Sie den Antrag. Im Begründungstext steht alles drinnen. Damit ist das jetzt eine parlamentarische Vorlage. *(Abg. Waldhäusl: Von eurem Antrag steht nichts mehr!)*

Ich komm' zum Schluss, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner ist gegen die Aufwertung der Opposition. Er ist gegen die Aufwertung des Landesrechnungshofes. Sepp Leitner ist gegen die Aufwertung des Landtages. Und Sepp Leitner ist gegen die Berichtspflicht über Regierungssitzungen.

Der Herr Sepp Leitner ist die Person, die in Niederösterreich diesen 12 wichtigen Reformpunkten nicht zustimmt. Ich weiß es ja nicht, ich war nicht dabei, aber der 13. war sozusagen verhandelbar und man hätte eine Lösung gefunden. *(Abg. Waldhäusl: Wir kennen die 12 nicht einmal!)* Sie blockieren! Sie sind in der Tag nichts anderes als ein Proporz-Saurier und Sie blockieren unseren Frühling! *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Ich habe mir dann überlegt, was ist denn am 16. Dezember noch alles passiert? Aber die SPÖ Niederösterreich fährt ja auch auf Erfahrungsaustausch nach Nordkorea und damit ist für mich klar: Wenn Sie so weiter machen, Herr Sepp Leitner, mehr als vom Aussterben bedroht. Und er lacht ja da drüben. Die FPÖ grinst ja bei dem Ganzen, was da passiert. *(Abg. Waldhäusl: Soll ich weinen?)*

Jetzt klebt ihr, ihr packelt seit Jahren hier in Niederösterreich. Und ihr sitzt ja auch nicht zufällig da. Das passt ja alles relativ gut zusammen. *(Anhaltende Unruhe bei der FPÖ.)* Ich hab's jetzt nicht gehört, aber ist jetzt einerlei. Ihr sitzt nicht zufällig zusammen. Ein Wort nur zur FPÖ. Weil ihr seid ja da ... *(Abg. Waldhäusl: Erklär uns bitte den schwarz-grünen Frühling!)*

Aber dass die SPÖ so derart gut kann mit dieser FPÖ, mit den Freiheitlichen. Die Freiheitlichen, nichts als nur Hetzer, Polarisierer und immer ein bisschen politisches Kleingeld. Von euch hätte ich ja nie erwartet dass ihr staatstragend seid.

Weil überall wo die FPÖ staatstragend ist, sind dann die Staatsanwälte da. Das kennen wir von euch. Und das ganze Verhalten im Land Niederösterreich ist jetzt schon ausführlich dargestellt worden. Also ich finde, solche Regierungen, solche Mitglieder, das ist verzichtbar. Entweder gibt's eine Koalition, entweder hat man sich auf was geeinigt und geht gemeinsam und steht dazu. Aber die Wischi-Waschi-G'schicht, überhaupt nichts, und der Zick-Zack-Kurs und das Einbetonieren der Sozialdemokratie ebenso wenig. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der 16. Dezember wird ein Mahntag werden für die SPÖ. Also, das könnt ihr euch in die Parteichronik hineinschreiben. Ihr unterschätzt das völlig.

16.12.2013 werden da unten zwei Freiheitliche sitzen, einer noch von der Sozialdemokratie. (*Abg. Waldhäusl: Können wir das fixieren? – Weiterhin Heiterkeit und Unruhe bei der FPÖ.*)

Aber ihr habt das gemacht. Eure Packelei und euer Steigbügelhalten für die Freiheitlichen wird uns eine Proporzregierung in der Zusammensetzung bringen. Und ich sage euch, das braucht das Land nicht! (*Beifall bei den Grünen.*)

Zusammengefasst: Es wäre wirklich eine historische Chance gewesen. Es scheitert an den Befindlichkeiten von Herrn Sepp Leitner. Der blockiert das große Demokratiepaket für Niederösterreich. Einerseits die Abschaffung des Proporz, die Aufwertung des Landtages, mehr Rechte für Minderheiten und – ganz wichtig – Kontrollrechte. Und das muss Hand in Hand gehen. Nachzulesen. Genau so haben es die Grünen 2009 eingebracht. Das geht nur Hand in Hand. (*Zwischenruf bei Abg. Ing. Huber.*)

Herr Huber! Plärren Sie nicht 'raus. Wenn Sie was sagen wollen, gehen Sie hier ans Rednerpult.

Jetzt werde ich Ihnen was sagen: Im Ausschuss hat die FPÖ nichts gesagt. Es war ganz klar im Ausschuss, es hat dort schon das Angebot der ÖVP gegeben, wir reden darüber, wir können das zu einem anderen Zeitpunkt nach der Wahl machen, die Verfassungsänderung. Man hätte dort auch ... Ich habe nicht den Eindruck, wenn jemand die Kiste aufgemacht hätte, Geschäftsordnungsreform, dass wir genau so ins Detail gegangen wären. Ihr hattet euch im Ausschuss beide einzementiert, ja? (*Abg. Waldhäusl: Im Ausschuss wurde viel gesprochen!*)

Und tut jetzt nicht so. Seit 2009 kein Signal von euch beiden! Einzementiert, Proporz-Saurier beide in reinsten Form! Und jetzt so zu tun als hätten Sie da irgendwas wollen. Ihr seid keine Reformer, und das ist jetzt die Zusammenfassung. Von den Freiheitlichen wissen wir es ja, aber die Sozialdemokratie macht nicht nur für sich selber einen historischen Fehler, sondern wirklich einen Riesenfehler für dieses Land. (*Abg. Waldhäusl: Die Reform ist der schwarz-grüne Frühling für Niederösterreich!*)

Das ist eine Riesenchance gewesen. Ich weiß nicht, wann sie wieder kommt. Vermutlich unter Sepp Leitner nicht. Ich bedaure das für das Land Niederösterreich. Und vor allem für die Bürgerinnen. Um die geht's nämlich. Da brauch' ich nicht mit direkten Instrumenten kommen, die Abgeordneten haben das Recht, von den Regierungsmitgliedern alles zu erfahren! Umfassend. Und genau

um diese Rechte geht es und die wären möglich gewesen.

Was auch in den Verhandlungen war, heute im Protokoll habe ich so viel gehört, dass ich weiß, es wär sehr, sehr viel möglich gewesen. Ich bedaure das sehr. Danke! (*Beifall bei den Grünen.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Regierung! Hohes Haus!

Ich möchte am Beginn meiner Rede auf den Herrn Klubobmann Schneeberger eingehen. Sie haben sehr viel Positives gesagt über das Land, dem ich beipflichten kann. Aber Sie haben nicht gesagt, dass sehr vieles von diesem Positiven sicherlich auch im breiten Konsens in der Landesregierung beschlossen wurde. Und ich glaube, das muss man auch einmal dazu sagen, wenn man dieses System schlecht machen oder schlecht reden will. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und was Sie auch nicht gesagt haben, Herr Klubobmann, ist, dass wir nicht nur Positives haben in diesem Land. Wir haben auch mannigfaltige Probleme. Wir sind bundesweit Spitzenreiter bei der Verschuldung. Unsere Gemeinden, viele unserer Gemeinden stehen vor dem Finanzkollaps. Unsere Nebenbahnen fahren nicht mehr. Unsere Flüchtlingsbetreuungsstelle in Traiskirchen platzt aus allen Nähten. Die Kriminalität, speziell aus den Ostländern, hat uns immer fester im Griff.

Umfragen bestätigen da. Jeder zweite Niederösterreicher hat Angst, Verbrechensopfer zu werden. Man könnte das jetzt beliebig lange fortsetzen und fortsetzen und fortsetzen. Warum sage ich das? Weil das Schwarz und Grün anscheinend gar nicht so sehr interessiert. Sie haben völlig andere Sorgen. Für Sie ist ein Regierungssystem die Wurzel allen Übels.

Sie wollen ein bewährtes System heute hier zu Grabe tragen. Und das, wie Sie sagen, ganz uneigennützig, ganz ÖVP-typisch uneigennützig. Wenn man sich diesen Antrag durchliest, dann sieht man, wie uneigennützig das ist. Wie sehr Sie sich hier einzementiert haben. Wie sehr Sie diese Hürden für eine Absetzung erleichtert haben, das sehe ich völlig anders, wenn man sich das genau durchliest! Und es ist für mich beschämend, Herr Klubobmann, wenn schwarz-grüner, kann man jetzt schon sagen, Machtrausch so weit geht, dass man den Wähler

entmündigen will. Das kann es nicht sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und es wurde heute auch schon gesagt, ich frage mich wirklich, was hindert die ÖVP mit ihrer absoluten Mehrheit in der Regierung daran, zu arbeiten? Hat die ÖVP es wirklich nötig, dass man den Wählerwillen beugen will? Und wenn Sie Herr Klubobmann Schneeberger medienwirksam verkünden, Sie wollen nur die besten Köpfe in der Landesregierung haben, na selbstverständlich! Aber was hindert Sie daran, einige Ihrer Köpfe auszutauschen? Nichts! *(Beifall bei der FPÖ.)* Und ich sage Ihnen, am Besten fangen Sie gleich mit dem Finanzreferenten an. Und nehmen Sie jemanden, der vom Geld was versteht. Das wäre ein guter Anfang. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren der ÖVP und der Grünen: Dieses Lustspiel das Sie heute hier abziehen ..., beim Villacher Fasching waren wir ja schon, Herr Kollege Moser, und ich sehe das jetzt noch viel weiter gehend, das Drehbuch, das Sie heute da präsentieren, das passt nicht nur in den Villacher Fasching, das passt am Besten auf die Löwinger Bühne.

Und wenn sich jetzt die Grünen, Frau Kollegin Petrovic, Frau Kollegin Krismer, ich nehme Sie beide in den Mund, weil bei euch weiß man nicht mehr so genau, wer die Klubobfrau ist, wenn Sie sich jetzt beide durch Versprechungen von der ÖVP anfüttern lassen, na ja, das sagt schon einiges. Das sagt eines aus, wie viel Angst diese beiden Parteien vor dem Machtverlust haben. Wie viel Angst diese beiden Parteien vor den nächsten Wahlgängen haben.

Und es ist ja ganz logisch. Es wurde auch schon gesagt. Eben weil Grün ohne Abschaffung des derzeitigen Modus nie in die Regierung kommen würde, jetzt macht man halt den Juniorpartner von der ÖVP und den Steigbügelhalter. Und ich kann mir schon vorstellen, der nächste grüne Antrag wird sein, dass wir die Klubstärke auf 1 bis 2 Abgeordnete absenken, weil viel mehr wird von euch bei der nächsten Wahl nicht mehr übrig sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe schon anfangs erwähnt, wir haben wirklich mannigfache Probleme zuhauf in Niederösterreich. Und es wäre heute sinnvoller gewesen, nicht Systemdebatten zu führen, sondern Problemdebatten, meine Damen und Herren.

Und lassen Sie mich noch kurz auf die Stärkung der Minderheitsrechte im Landtag kommen. Na selbstverständlich gehören die verstärkt. Wird

keiner dagegen sein. Wir jeder dafür sein. Aber dazu bedarf es keiner Änderung des Systems. Das brauchen wir nicht dazu. Abgeordnetenrechte stärken, selbstverständlich, natürlich. Aber was wir vor allem müssen, wir müssen einmal die Rechte des Bürgers stärken. Die Bürgerrechte müssen gestärkt werden. Deshalb wollen wir eines: Wir wollen mehr direkte Demokratie und wir wollen mehr Einbindung des Volkes in politische Entscheidungen.

Unsere Bürger sollen in Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, einmal mehr Mitspracherecht bekommen. Darauf geht der ÖVP-Antrag heute gar nicht ein, überhaupt nicht. Und deshalb werden wir diesen Antrag auch ablehnen. Und mehr direkte Demokratie, meine Damen und Herren, das würde auch bedeuten, dass man der Politikverdrossenheit entgegen wirkt, das Vertrauen in die Politik und in die Politiker in der Bevölkerung wieder stärkt und hervor hebt.

Und ich führe nur das Beispiel der Schweiz an. Da zeigt man es auch vor wie es geht. Wie hier Mut zu direkter Demokratie auch gelebt wird. Und wenn man sich da anschaut nur als Beispiel, da gibt's in der Schweiz eine Volksinitiative, die sogar imstande ist, eine Verfassung zu ändern. Also man sieht, wie sehr diese Regierung ihrer eigenen Bevölkerung vertraut. Man gesteht dem Volk zu, auch eine Verfassung zu ändern durch eine Volksinitiative. Und da muss man sich auch zum Beispiel für niederösterreichische Verhältnisse diese Hürden anschauen. Wir haben auch in Niederösterreich die Möglichkeit einer Volksbefragung, so als eine Art Veto-Volksabstimmung. Die gibt es. Aber wenn man sich diese Hürden anschaut, was da verlangt wird. In der Schweiz mit 8 Millionen Einwohnern braucht man 100.000 Unterschriften und hat 18 Monate dafür Zeit, sogar für eine Verfassungsänderung. Die in Niederösterreich gar nicht möglich ist durch das Volk. Hier haben wir sechs Wochen Zeit und brauchen 50.000 Unterschriften. So viel zu diesen Hürden.

Da könnte man ansetzen. Da könnte man die Menschen einbinden. Und da, glaube ich, über das sollten wir besser reden als über Systemänderungen die wir nicht brauchen.

Ich komm dann schon zum Schluss. Ich wünsche mir, dass wir diese Scheingefechte, oder dass Sie diese Scheingefechte beenden. Es wird heute auch getan werden. Wir brauchen über ein bewährtes System nicht mehr diskutieren. Und machen Sie es einfach so wie die FPÖ: Wenden Sie sich den wirklichen Problemen im Land und seinen Menschen zu. Und ich sage es jetzt im Dialekt: „Hackln statt Packln“ ist angesagt. Faschingsit-

zungen wie die heutige sind entbehrlich. Wir wollen auch keinen Auftritt in der ORF-Sendung „Narrisch guat“. Sondern was wir wollen ist Ernsthaftigkeit, Nachhaltigkeit und eine Politik zum Wohle unserer Bürger. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Mag. Leichtfried.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Damen und Herren der Landesregierung! Hohes Haus!

Also als Faschings Sitzung würde ich die heutige Sitzung nicht bezeichnen. Ich habe in meinen Stellungnahmen immer wieder ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ich die „Sonder“-Landtagssitzung zu diesem Thema nicht unbedingt für besonders wichtig halte. Und zwar deswegen nicht, weil sie an den Standpunkten der vier Parteien, die hier im Landhaus sitzen, wahrscheinlich nichts ändern wird oder ganz sicher nichts ändern wird. Daher stellt sich natürlich die Frage: Ist das eine Scheindebatte?

Aber Landtag ist dazu da um Meinungen auszutauschen und Positionen zu beziehen. Ich war sehr gespannt, wie die ÖVP diese Debatte anlegen wird. Wird sie es so anlegen, dass in Richtung der SPÖ, in Richtung des Landespartei vorsitzenden Giftpfeile abgeschossen werden? Oder wird sie diese Debatte eher staatspolitisch anlegen? Ja, ich sage, Kollege Schneeberger war heute besonders ruhig, besonders gelassen. Hat seinen Standpunkt ganz klar und deutlich dargelegt. Hat natürlich versucht, zusammen mit dem Kollegen Moser, die eine oder andere ganz leicht untergriffene Attacke zu reiten. Aber alles im Rahmen.

Ein bisschen nachdenklich stimmt mich, dass Klubobmann Schneeberger nach mir noch das Rednerpult erklimmen wird. Ich würde jetzt daraus schließen, dass einiges vielleicht noch auf uns zukommen kann. Aber vielleicht täusche ich mich und Klubobmann Schneeberger nimmt heute tatsächlich diese staatspolitische Rolle ein. *(Heiterkeit bei Landeshauptmann Dr. Pröll und Klubobmann Mag. Schneeberger.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP und des Hohen Hauses! Immer wieder wird ein altes Lied hier herinnen gesungen. Nämlich das alte Lied, Verantwortung für das Land zu tragen. Arbeiten für das Land. Diese Rolle, Verantwortung tragend und arbeitend für das Land wird von der ÖVP immer so verstanden, dass damit sozusagen

alle zu dem, was vorgeschlagen wird, Ja und Amen sagen müssen.

Ich sage ganz klar und deutlich: Die SPÖ, die Sozialdemokratie in diesem Land ist sich ihrer Rolle und der Verantwortung für dieses Land sehr wohl bewusst. Das kann man auch sehr, sehr deutlich zeigen und argumentieren. Weil nämlich 95 Prozent der Regierungsbeschlüsse und aller hier im Landtag beschlossenen Vorlagen und Anträge mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ beschlossen werden. Wenn ihr meint, dass eine Zustimmung von 100 Prozent notwendig ist um Verantwortung für das Land zu haben, dann würde das mehr oder weniger nur bedeuten, dass wir zu allem, was hier vorgegeben wird, Ja und Amen sagen müssen. Doch das wird es mit der Sozialdemokratie auch in Zukunft nicht geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was jetzt als Abänderungsantrag eingebracht wurde, dass die Funktion der derzeitigen Regierungsmitglieder nicht im Juni dieses Jahres, sondern erst mit der Beendigung der Legislaturperiode enden wird, dieses Angebot mag sehr schön klingen. Aber tatsächlich seid ihr draufgekommen, dass das verfassungsmäßig gar nicht möglich ist. Ich glaube, ihr habt euch zu wenig bei euren steirischen Freunden erkundigt. Es ist nicht möglich, eine Periode, außer wenn Neuwahlen stattfinden müssen, einfach so zu beenden und zu sagen „auf Wiedersehen“, meine Damen und Herren. Das geht nicht! Das ist daher auch der Grund, wieso das jetzt als Angebot hier dargelegt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere einen allseits bekannten und geschätzten, jetzt in Ruhe befindlichen Landtagsdirektor. Ich zitiere DDr. Karl Lengheimer. DDr. Karl Lengheimer hat vor einigen Jahren gemeint: Egal ob Proporz oder Mehrheitssystem, wir sollten uns angewöhnen, nicht von allein seligmachenden Systemen zu sprechen. Ich halte das für eine ganz, ganz wichtige Aussage. Es gibt hier in dieser Frage nicht Schwarz-Weiß, es gibt hier in dieser Frage nicht hui und pfui. Sondern es ist eine Frage, die ganz intensiv und ordentlich diskutiert gehört.

Herr Kollege Schneeberger hat eine chronologische Darstellung der Vorgänge gegeben, die sich bis heute sozusagen nachvollziehen lassen. War in Ordnung, brauch' ich nicht ergänzen. Ich möchte nur eines dazu ergänzen. Nämlich die Tatsache, dass im letzten, im November stattgefundenen Unterausschuss, festgelegt wurde, dass Meinungen von allen Fraktionen aus jenen Bundesländern ein-

zuholen sind, die bereits diesen Schritt „Abschaffung des Proporz“ gemacht haben. Bis heute ist mir zumindest nicht bekannt, dass hier irgendwas eingelangt ist oder uns irgendwas vorgelegt wurde. Ich halte nämlich dieses Einholen von Ergebnissen, von Erfahrungsberichten, für eminent wichtig um letztendlich dann weitere Schritte durchführen zu können.

Es stimmt wie dargestellt wurde, dass im Oktober beginnend, im November fortsetzend und im Dezember am zitierten Nikolaustag drei Gesprächsrunden stattgefunden haben. Bei diesen Gesprächsrunden ist es uns, der SPÖ, vorrangig darum gegangen, wie weit ist die ÖVP in Niederösterreich überhaupt bereit, über ein sehr umfangreiches Demokratiepaket zu verhandeln. Über ein Demokratiepaket, an dessen Ende ganz eindeutig die Stärkung des Landtages stehen muss. Vor allem die Stärkung jener Fraktionen, die sich nicht in einer Regierungsfunktion befinden. Und zwar unabhängig davon ob wir ein Proporzsystem oder ein Majorzsystem haben. Uns ist es, das habe ich klar und deutlich immer wiederum gesagt, darum gegangen, ein Demokratiepaket abzuhandeln.

Wir haben uns geeinigt auf einen Austausch von Positionspapieren. Wir haben als Sozialdemokraten von der ÖVP ein Positionspapier bekommen, das im Wesentlichen aus drei Punkten, wenn man schon Punkte nummeriert, aus drei Punkten bestand. Drei Punkte, wo Folgendes – und das zitiere ich jetzt – drinnen gestanden sind: Bei Wegfall der Proporzregierung könnte daher überlegt werden, den im Landtag vertretenen Parteien, die nicht in der Landesregierung vertreten sind, in geeigneter Form Informationen über die in Landesregierung gefassten Beschlüsse zu geben. Ich zitiere noch einen Punkt: Möglich wären auch Berichte der Landesregierung an die Klubs über wesentliche Vorhaben für die Entwicklung des Landes.

Aus meiner Sicht sehr, sehr dürftig, um das jetzt zu sagen. Es stimmt, wie der Kollege Schneeberger schon zitiert hat, wir haben ein etwas umfangreicheres Papier vorgelegt. Es ist auch richtig, dem stimme ich auch zu, wir waren diejenigen, die gesagt haben, wir fordern jetzt ein Gespräch über ein Demokratiepaket.

Daher haben wir, ich habe es nachgezählt, es stimmt, haben wir 13 Punkte aufgeschlüsselt. (*Zeigt Schriftstück.*)

Aber diese 13 Punkte, und das möchte ich schon auch sagen: Wenn hier der Eindruck vermittelt wird, dass mit diesen 13 Punkten sozusagen das Ende gefunden werden konnte, dann ist das eindeutig falsch. Klaus, ich glaube, du musst mir auch Recht

geben, es war immer Eines für uns wichtig: Wir haben ..., und das stimmt, da gebe ich dir auch jetzt wiederum Recht, du warst an diesem 6. Dezember irrsinnig in Geberlaune. (*Abg. Mag. Schneeberger: So wie heute!*)

Du hast gesagt, dein Namenstag und so weiter. Und hast bei 12 Punkten immer wiederum gesagt, und ich betone bitte, diese Punkte sind reine Überschriften. Da ist nichts drinnen gestanden, was hinter diesen Punkten sich tatsächlich verbirgt. Aber du hast gesagt okay, ich kann mir vorstellen, über das können wir reden, über das können wir reden, über das können wir reden und so weiter.

Du hast aber von Beginn an auch immer eines gesagt, und du hast es auch heute, glaube ich, gesagt, wenn ich es richtig im Kopf habe: Über Mitbestimmungsrechte, über Minderheitenrechte, über Dinge, die eine Änderung in der Geschäftsordnung nach sich ziehen, werden wir in diesem Zusammenhang kein Gespräch führen und keine Veränderung durchführen. Sondern das könnte und kann erst in einer etwaigen neuen Regierung, neuen Zusammensetzung nach einer Wahl usw. gemacht werden.

Das aber, meine Damen und Herren, ist eigentlich genau das, was wir nicht wollten. Und was jetzt tatsächlich, nämlich momentan passiert - die Freiheitlichen haben das heute schon zweimal in ihren Reden betont. Und ich verstehe es auch nicht. Weil in diesem Antrag, der jetzt hier vorliegt, eigentlich von all diesen Punkten nichts drinnen steht. Uns ist es nicht darum gegangen, und das wirst du auch bestätigen müssen, dass ich mich nicht ... Oder sagen wir es umgekehrt, ich formuliere es positiv: ... dass ich mich als Freund des Proporz bei diesen Gesprächen geoutet habe. Ich habe aber auch gesagt, der Proporz so wie er derzeit gelebt wird, ist nicht der, den ich mir vorstelle. Sondern da muss was anderes dahinter stecken. Ich komme dann noch darauf.

Aber da in diesem Antrag bitte, und das, was die Kollegin Krismer jetzt zitiert hat, da ist kein einziger Punkt drinnen, wo ich sage, das ist irgendwo jetzt ein Minderheitenrecht, eine Beteiligungsmöglichkeit oder irgendwas. Da steht nämlich nur eines: Nämlich vorne steht, Änderung der NÖ Landesverfassung. Und da steht: In diesen Beratungen wurde vom Klubobmann Leichtfried eine 13 Punkte umfassende Aufstellung über notwendige Änderungen übergeben. Folgende Punkte sind unter anderem darin enthalten. Das zitierst du! Das ist ja nirgends in einem Papier vereinbart. Wo habt ihr denn das Papier, wo das vereinbart ist? Dieses Papier existiert nicht! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

In diesem Antrag bitte steht nur ... (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Jetzt bin ich dran. Ich bin der Einzige und habe lange gewartet.

In diesem Antrag steht nur eines drinnen: In weiteren Schritten werden wir darauf folgend notwendige Änderungen usw. diskutieren. Das ist schön. Das ist eine Absichtserklärung. Kollege Waldhäusl hat schon gesagt, er unterstellt nicht, dass man dem misstrauen kann. Aber eines muss man schon ganz klar und deutlich sagen: Bevor es zur Abschaffung des Proporz kommt, unabhängig ob ich jetzt dafür oder dagegen bin, ich sage es nur so, bevor es dazu kommt, muss es eine schriftliche Vereinbarung, muss es Beschlüsse geben um hier ein Demokratiepaket zu haben. Dann kann man überhaupt weiter reden. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ.*)

Wenn man Vergleiche anstellt, und ich habe mir diese Mühe gemacht, Vergleiche zwischen einem Proporz und einem so genannten Majorzsystem, dann kann man eindeutig feststellen, dass beide Systeme Vor- und Nachteile haben. Beide Systeme! Uns Sozialdemokraten ist in diesem Zusammenhang, wenn wir schon über Proporz reden, es immer darum gegangen, was bedeutet denn überhaupt Proporz grundsätzlich? Es ist auch heute schon gefallen, dass diese Diskussion über Proporz Ja oder Nein in der Öffentlichkeit die Menschen eigentlich nicht bewegt. Es ist ein Thema, das die Funktionäre, die politischen Parteien usw. bewegt. Aber was bedeutet denn Proporz? Bedeutet Proporz nicht tatsächlich nur, dass Personenköpfe in einer Landesregierung verteilt werden? Oder bedeutet Proporz nicht auch, dass auf Grund der politischen Stärke es dazu kommen muss, bestimmte Aufgaben zu verteilen und mit Kompetenzen zu versehen?

Meine Damen und Herren, wir werden in diese Richtung auch eine Aufklärung bekommen. Wir wissen oder Sie wissen es auch, dass es eine Individualbeschwerde dazu gibt. Und zwar nicht deswegen weil wir irgend einen Wirbel machen wollen, sondern wir wollen wissen, was bedeutet Proporz tatsächlich? Das weiß kein Mensch! Weil die Meinung, dass Proporz, in der Bevölkerung vielleicht oder von den Medien oft geschrieben, dass Proporz „Mauschelei“ bedeutet und „Packelei“, ist aus meiner Sicht vollkommen falsch. Proporz bedeutet ganz was anderes!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine politische Ordnung ist endgültig fixiert. Daher muss jedes politische System immer wieder auf seine Legitimation, auf die Mitwirkungsmöglich-

keiten aller politischen Akteure und auch auf seine Effizienz untersucht werden. Daher verstehe ich das Verhalten nicht, dass wir zum Beispiel nur auf Grund einiger Politikwissenschaftler – ich weiß, dass in der Politikwissenschaft der Proporz nicht gut angesehen ist –, auf Drängen von Medien und in unserem Fall hier im NÖ Landtag auf Drängen der Grünen versuchen, ohne uns klar zu werden was die Abschaffung des Proporz bedeutet, ohne die Konsequenzen zu überdenken, diesen Proporz heute – wir brauchen ja eine Verfassungsmehrheit – Hals über Kopf abzuschaffen.

Ich sage das deswegen bewusst, weil jene Länder, die immer wieder zitiert werden, nämlich Tirol und Salzburg - Steiermark lass' ich aus dem Schneider, sag' ich euch ganz ehrlich. Die haben ihn zwar abgeschafft, aber erst in vier Jahren wird das wirksam und die haben keine Erfahrung damit was das bedeutet. Das möchte ich schon ganz klar und deutlich sagen. Tirol und Salzburg haben das schon lange Zeit. Hier gibt es Erfahrungen. Hier gibt es ganz genaue Abhandlungen, was der Proporz oder die Proporzabschaffung tatsächlich gebracht hat.

Die Proporzabschaffung bringt, und das wissen wir auch alle, eine enorme Verschiebung von der Legislative, also vom Landtag, in Richtung Regierung. Das heißt, sie bringt eine Stärkung der Regierung. Daher ist es dringend notwendig, wenn man überhaupt darüber diskutiert und nachdenkt, wie kann ich – und da geht's eben dann um Oppositionsrechte, aus dem Grund ist das so – wie kann ich die Kräfte im Landtag so bündeln um letztendlich eine Balance zwischen Landtag und Regierung herzustellen? Eine Balance, die im Bereich des ... (*Abg. Mag. Karner zeigt Zeitungsausschnitt: Herr Klubobmann! Proporz kann fallen! – LH Dr. Pröll zeigt ebenfalls Zeitungsausschnitt: Den Kopf darauf kennst auch, oder? Den kennst du!*) Mir wurscht jetzt. Ich rede jetzt, zeig' mir nicht irgendwas her!

Der Proporz kann fallen, um das zu sagen. Lest einmal genau was er gesagt hat. Er hat gesagt, wir wollen ... (*Unruhe bei der ÖVP.*)
Ja, ja!

Unser Landesparteiohmann hat gesagt, wenn man – und darum erkläre ich es euch ja gerade – wenn man ein Demokratiepaket schnürt, wo all diese Dinge, die ich jetzt gerade abhandle, gegeben sind, dann kann man darüber diskutieren, ob in der heutigen Zeit der Proporz noch sinnvoll oder nicht sinnvoll ist. Ich denke, wir sollten hier mit besonderer Vorsicht in diese Diskussion oder mit dieser Diskussion umgehen.

Wenn ich jetzt - jetzt bin ich ein bisschen weg gekommen, aber jetzt wiederhole ich mich noch einmal - wenn ich die Ergebnisse aus den Bundesländern betrachte, dann kann man eine Lehre daraus ziehen. Nämlich all das, was nicht vorher, bevor der Proporz abgeschafft wurde, bereits gesetzlich fixiert und vereinbart worden ist, all das ist nachher nicht mehr gekommen. Diejenigen, die mit Feuer und Flamme den Proporz abschaffen wollten in Salzburg, nämlich auch die Grünen, sind heute keine Befürworter dieses Systems mehr, so wie es jetzt gelebt wird. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Wer hat das gesagt?)*

Wer das gesagt hat? Das kannst nachlesen. Ich gebe dir ein Buch, da kannst es nachlesen. Da ist das alles untersucht. Da musst dich ein bisschen informieren wenn man zu solchen Themen was sagen will, nicht nur aus dem Bauch heraus. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Ich rede mit den Leuten! Ich brauch kein Buch zum Lesen!)*

Ich verstehe daher die Grünen in Niederösterreich nicht. Weil ihr euch halt wahrscheinlich nicht informiert habt. Ihr habt die Glawischnig animiert, eine Aussendung zu machen. Habt versucht, den einen oder anderen Abgeordneten von uns zu kontaktieren. Ja, ist okay. Aber das ist nicht die Arbeit, die notwendig wäre. Sondern die Arbeit, die notwendig ist, sich zu informieren, was bedeutet das tatsächlich und welche Rechte, die du immer einforderst oder die ihr einfordert ... Bei jeder Landtagssitzung habt ihr gesagt am Ende, „Niederösterreich braucht eine Demokratiereform“. Und jetzt beschließt ihr einen Antrag wo nichts davon enthalten ist. Das möchte ich euch noch sagen.

Wieso macht ihr das? Weil all das nur Lippenbekenntnisse gewesen sind? Und das, was ihr dem Landesparteivorsitzenden vorwerft, nämlich, dass er ein Sesselkleber ist: Genau das ist der Grund warum ihr das heute abschaffen wollt! Nämlich das ist - ist auch schon gesagt worden - für die Grünen in Niederösterreich die einzige Chance, vielleicht, hängt dann von der ÖVP ab, vielleicht einen Regierungssitz zu erklimmen. Sonst werdet ihr das aus der heutigen Sicht nicht erreichen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)*

Ich denke, das ist sicherlich nicht das, wieso man so was diskutieren muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Anton Pelinka ... *(Heftige Unruhe bei der ÖVP.)*

Anton Pelinka ... Ja, ich rede aber von Anton Pelinka, ja? Ihr werdet ja wahrscheinlich den Politikwissenschaftler Anton Pelinka, nur weil sein Neffe vielleicht irgendwo was wird, nicht in Frage stellen, ja? *(Abg. Mag. Schneeberger: Nein, aber ein besseres Beispiel könntest dir einfallen lassen!)*

Ich denke mir, Sippenhaftung wird es auch bei uns in Niederösterreich wahrscheinlich nicht geben.

Anton Pelinka hat gemeint zu der Diskussion Tirol, Salzburg usw., die Einführung des Majorzsystems, ob diese Einführung eine Verbesserung oder Verschlechterung bedeutet, darüber wird die kontroverse Diskussion, wohl auch nach Jahren nicht eindeutig Auskunft geben können. Und so ist es! Es gibt keine eindeutige Auskunft, was das bessere ist.

Ich zitiere jemand anderen, nämlich Manfred Welan. Der wird weniger Aufregung hervorrufen. Manfred Welan hat geäußert, dass das proportionale Wahlrecht das sowohl der Volkssouveränität als auch der parlamentarischen Demokratie entsprechende System ist. Es ist heute schon einmal dargestellt worden: In diesem System bildet sich der Wählerwille ab! Das würde ich bedenken bei allen Diskussionen die wir führen.

Folgendes ist mir noch wichtig: Ich glaube, es ist legitim, grundsätzlich eine Diskussion darüber zu führen. Diese Diskussion muss aber ohne Zwang, ohne Hektik, unter Abwägung aller Vor- und Nachteile erfolgen. Die einzige Zielrichtung, wenn man so eine Diskussion führt, die Zielrichtung muss dabei eine demokratiepolitische sein. Es muss eine Verbesserung des gesamten politischen Systems, wie die Stärkung des Landtages, der Mitwirkungsmöglichkeiten, am Ende so einer Diskussion stehen. Und keinesfalls darf es eine taktisch machtpolitische sein.

Jetzt komme ich zu dem was auch immer wieder gesagt wird. Klaus, da muss ich dich leider zitieren. Es ist nämlich nicht die Frage, ob ich mit jemanden will oder nicht will, ob ich mit jemanden kann oder nicht kann. Ich glaube, der Herr Landeshauptmann hat das auch schon ein paar Mal gesagt, man kann sich seine vis a vis und seine Partner nicht unbedingt aussuchen, in so einem Proporzsystem schon gar nicht. *(LH Dr. Pröll: Ihrem Parteivorsitzenden können Sie das auch sagen! – LHStv. Dr. Leitner: Und ich habe Ihnen das auch schon gesagt!)*

Daher ist es nicht die Frage – und du hast anlässlich ..., weil die Verwunderung so groß war, wieso dann am 16. das abgebrochen wurde. Du hast genau in dieser Woche, ich glaube, am Dienstag war es, da bin ich mir nicht sicher, als wir am Donnerstag die Landtagssitzung gehabt haben, eine Pressekonferenz gegeben. In dieser Pressekonferenz hast du Folgendes gesagt. Du hast gesagt, ich zitiere dich: Für uns ist eine Zusammenarbeit mit einer derartigen politischen Führung

undenkbar. Die logische Schlussfolgerung ist daher die Abschaffung des Proporz.

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Das ist aus meiner Sicht und aus unserer Sicht kein demokratiepolitischer Ansatz! Du kannst dir die Führungsspitze der SPÖ nicht aussuchen! Wenn du nur aus dem Grund den Proporz abschaffen willst, dann ist das zwar legitim aus deiner Sicht und eurer Sicht. Aber aus unserer Sicht nicht der Punkt, wie man diese Frage diskutiert.

Daher werden wir heute auch diesem Antrag auf Abschaffung des Proporz keine Zustimmung geben. Ich halte es da auch ein bisschen mit dem Landeshauptmann Pröll, der nämlich im „Kurier“-Interview am 17. Dezember 2011 gemeint hat – und darum hat mich das so verwundert, dass es dann trotzdem eine „Sonder“-Landtagssitzung gibt. Er hat gemeint: Die Abschaffung des Proporz ist damit endgültig vom Tisch.

Herr Landeshauptmann, ich sehe es eigentlich ähnlich! Aber über eine umfassende Demokratiereform, nicht mit „Proporz Ja oder Nein“, sondern eine umfassende Demokratiereform, die zu einer Stärkung des Landtages, die zu einer Stärkung der Minderheiten führt, die natürlich auch Konsequenzen im Bereich der Geschäftsordnung hat und so weiter, zu dieser Diskussion sind wir jederzeit wieder bereit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Klubobfrau Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich knüpfe gleich beim Satzeschluss meines Vorredners an. Sie sind jederzeit zu einer Diskussion bereit. Im Ausschuss waren Sie es nicht! Wann? Wo? Ich habe den Eindruck, diese Debatte wird am Sankt Nimmerleinstag stattfinden. Wir hatten eine Ausschusssitzung, wo es ja möglich gewesen wäre, all das, was Sie vielleicht jetzt in dem formalen Antrag vermissen, hineinzuverhandeln und hineinzureklamieren. *(Abg. Mag. Leichtfried: Da haben Sie etwas jetzt nicht verstanden!)*

Herr Klubobmann, Sie haben hier gerade die Möglichkeit gehabt, das alles auszuführen. Und es gibt ja auch noch die Möglichkeiten. Jetzt lesen wir in der Korrespondenz von 13 Punkten. Da sind auch bestimmte Inhalte genannt, Landesrechnungshof, Aufwertung der Klubs, Information über Regierungssitzungen. Meine Frage: Warum haben Sie da nicht Nägel mit Köpfen gemacht? Es ist

schwierig, diese Punkte unter Dach und Fach zu bringen wenn jemand vom Verhandlungstisch aufsteht. Und ich stelle die Frage: Wer ist denn vom Verhandlungstisch aufgestanden? Oder sind alle diese Mitteilungen falsch? Warum haben Sie denn nicht die Punkte ausverhandelt? Vielleicht auch noch versucht, den 13. zu erreichen? Woran ist denn das gescheitert außer an der Tatsache, dass Sie eben aufgestanden sind?

Und wenn Sie schon der Chefverhandler sind für Ihre Partei, für Ihre Fraktion, dann denke ich mir, also ich hätte das schon erwartet, dass Sie das auch im Ausschuss vertreten und dazu dort Stellung nehmen. Und nicht dann den Präsidenten vorschicken und den argumentieren lassen. *(Abg. Mag. Leichtfried: Das war ein Rechts- und Verfassungsausschuss!)*

Wo eigentlich immer nur wiederholt wird, wir warten auf die Erfahrungen aus anderen Bundesländern. Meine Damen und Herren, wir haben die Erfahrungen eingeholt. Wir haben eine Tabelle gemacht, wo gibt's welche Minderheitenrechte? *(Abg. Waldhäusl: Das sind ja keine Erfahrungen!)* Und die sind eindeutig in Niederösterreich bisher am wenigsten ausgeprägt. Es wäre jetzt an Ihnen gelegen, diese 12 Punkte, die Sie schon ... *(Abg. Waldhäusl: Da ist ja nichts drinnen!)* Ja warum ist denn nichts drinnen? Weil der Herr Klubobmann vom Verhandlungstisch aufgestanden ist! Und weil Sie auch kein Interesse haben!

Herr Klubobmann Waldhäusl, zu Ihnen. Sie können sich erinnern an eine Zeit, da waren Sie mit dem Kollegen Ram zu zweit in einer Fraktion. Und Sie wissen, was dann passiert ist. Dass der Kollege Ram die Fraktion verlassen hat und dass aus meiner Sicht die Geschäftsordnung nicht richtig angewandt wurde. Und Sie wissen, wer dann gekämpft hat. Und ich bin viel verlacht worden, dass ich auf einmal einen Standpunkt vertrete, dass Ihnen Unrecht geschehen ist. Und Sie wissen das!

Das heißt, mir geht es bei all diesen Punkten tatsächlich darum, dass die Möglichkeiten für dieses Hohe Haus und für einzelne Abgeordnete vergrößert werden. Und wenn ich sehe, dass die Tür einen Spalt breit offen ist, dann würde ich insbesondere von Vertreterinnen und Vertretern der Sozialdemokratie erwarten, dass sie die Tür nicht rasch wieder zuziehen und sagen, nichts geschehen, wollen wir eh nicht, wollen wir gar nicht hören. Weil es könnte damit enden, dass der eine oder die andere nicht mehr auf dem Regierungssessel sitzt.

Wenn die Möglichkeit besteht und die Tür war ganz eindeutig offen, dann hätten Sie doch alles

daran gesetzt, im Verbund auch mit den anderen Parteien, die nicht die Mehrheit stellen in dem Haus, dass wir diesen Spalt größer machen. Und dass wir dann diese Punkte auch wirklich schriftlich mit Brief und Siegel zu Papier bringen. Doch dass Sie dann plötzlich, wo wir alle hören, man nähert sich an, da tut sich einiges, dass Sie dann auf einmal sagen, ja, jetzt geht's aber nicht mehr, weil die Erfahrungsberichte sind nicht eingelangt, da kann ich nur sagen, das ist ein vorgeschütztes Argument. *(Beifall bei den Grünen.)*

Natürlich gibt's Argumente so und so. Aber es geht doch immer um die jeweilige Ausgangssituation. Und die jeweilige Ausgangssituation ist hier eindeutig reformbedürftig. Und es geht auch um die Ausgangssituation, wie werden denn Regierungssitze bis jetzt ausgeübt?

Und wenn ich dann höre, ihr könnt ja eh alles machen, weil ihr eine absolute Mehrheit habt, dann frage ich Sie aber in aller Form, wozu sitzen Sie dann in der Regierung? Damit Sie sagen, die können eh alles machen? Was ist das für eine Position, mit Verlaub? Wenn Sie sagen, die können eh alles machen - was Tatsache ist -, dann frage ich Sie schon, welche Gesetze vollziehen Sie? Sitzen Sie in der Regierung und vollziehen Gesetze, die Ihnen eigentlich nicht passen? So muss ich das ja deuten, wenn Sie sagen, wir müssen ja in der Regierung sein können und Nein sagen können.

Aber dann frage ich Sie: Was tun Sie denn dort außer Nein sagen? Und was tun Sie denn dort außer Gesetze vollziehen, die andere gemacht haben. Und die, das muss ich schließen, offenbar nicht Ihrer politischen Überzeugung entsprechen. In einer gewillkürten Koalition, da kann ich mir das aussuchen. Und da kann ich sagen, wenn der Partner sich nicht so weit bewegt, dass ich mit gutem Gewissen noch sagen kann, es ist nicht 100 Prozent von dem was ich wollte, aber ich erkenne meine Konturen dort wieder, okay, darüber kann man reden. Aber wenn man nicht einmal kämpft für die eigenen Konturen, sondern sagt, ich sag nein, ich bleib aber drinnen hocken, dann, mit Verlaub, ist das wirklich ein versteinertes System. Das ist ein anachronistisches System! Und dann passt das, was möglicherweise einen Sinn macht - ich sag' ja nicht, dass ein Proporzsystem keinen Sinn machen könnte. Aber dann muss es anders gelebt und anders gehandhabt werden!

Ja, da sagen Sie ja. Aber Sie sehen, es wird nicht so gehandhabt, verweigern aber auch gleichzeitig die Veränderung. Und da können Sie nicht umhin. Weil letztlich ist dann natürlich vom Parteivorsitzenden der Pfiff zurück erteilt worden oder wie

auch immer, ich weiß nicht, wer gepfiffen hat und wer gegangen ist. Aber jedenfalls letztlich, wie auch immer das gelaufen ist ... *(Abg. Razborcan: Wir reden miteinander! Wir pfeifen uns nicht an! Bei uns ist das nicht so!)*

Nach sehr viel guter Abstimmung schaut mir das nicht aus, so wie das gelaufen ist. Weil wenn man so was nicht will, dann geht man gar nicht in Verhandlungen. Also das ist eine Vorgangsweise, die wirklich keine Konturen mehr hat.

Und letztlich bleibt das hängen, Herr Dr. Leitner. Das bleibt an Ihnen hängen, wirklich! Und ich glaube, Sie täten gut daran, sich doch noch einmal zu überlegen, ob Sie nicht diesem Antrag zustimmen. Damit wir natürlich auf dieser Basis dann auch die Nägel mit Köpfen machen. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Zu allererst darf ich auf die Ausführungen von Kollegen Günther Leichtfried reflektieren. Zu Beginn. Normalerweise ist es gefährlich, wenn einem das politische Vis a Vis lobt, und staatsmännische Rede ist ein Lob. Ich bin selbstbewusst genug, dass meine Freunde das durchaus positiv sehen und ich bedanke mich auch für diese anerkennenden Worte, auch im Namen von Karl Moser.

Und jetzt zur Sache selbst. Du hast mir direkt leid getan. Denn deine Ausführungen waren ein untauglicher Versuch, eine Rechtfertigung zu finden, dass ein Verhandlungsergebnis vorlag, wo es nur mehr darum ging, die Formulierungen gemeinsam - es war ausgemacht, gemeinsam die Formulierungen - über diese Punkte, die wir comitted haben, zu machen.

Und dass dann der Klub den Landesparteiobmann overrouled hat, das ist indirekt am Applaus und aus deinen Worten hervorgegangen. Und wenn ich mir ansehe was gesagt und was geschrieben worden ist, dann verstehe ich das auch. Denn die Politik ..., und jetzt komme ich auf den Vorwurf den du mir gemacht hast, zurück. Nämlich dass ihr meine Presseerklärung oder meine Erklärung anlässlich der Pressekonferenz am Dienstag vor der Landtagssitzung, wo es um die Studiengebühren ging, wo ja auch ein lächerlicher Vorschlag war, nämlich die Studenten dadurch entsprechend zu unterstützen, dass die Akademiker zahlen, und damit wird kein Student, der bummelt, weniger, aber das ist ein Ansatz, den wer anderer zu ver-

antworten hat und nicht wir. Aber es zeigt irgendwo die Untauglichkeit des politischen Vorgehens der Person, die diesen Vorschlag gemacht hat.

Und es ist richtig, du hast Recht, es ist so. Ich habe ja das bei meiner Rede gesagt, dass ich grundsätzlich ein Sympathisant des Systems bin. Aber, dass ein System von Menschen lebt. Und wenn Menschen ein System konterkarieren - beiderseitig, würde ich in dem Fall nicht so sagen, denn in Wahrheit kommt ihr nach über 50 Jahren Proporzregierung zu einem Ergebnis, dass ihr einen Individualbescheid verlangt, was überhaupt Proporz heißt. Was das bedeutet. Das ist doch die Peinlichkeit ... (Abg. Mag. Leichtfried: *Weißt es du? Es gibt kein Erkenntnis!*)

Ja, ich brauch die Erkenntnis nicht. Ich brauch nur erleben, meine Kolleginnen und Kollegen, vor allem die Kollegen da. Ich brauch' nur Revue passieren lassen, was in Niederösterreich in den letzten 50 Jahren Positives geschehen ist. Über die Proporzregierung mit Menschen, Frauen und Männern, die die Verantwortung übernommen haben, dieses Land zu gestalten, aus einem Trümmerhaufen zu einer Vorzeigeregion zu machen.

Mit diesem System, aber anderen Persönlichkeiten. Und wenn das System jetzt dazu geführt hat auf Grund der agierenden Persönlichkeiten, dass es nicht mehr erfolgreich ist, dann ist es doch unsere Aufgabe, Änderungen herbeizuführen. Es ist nicht Gott gewollt, dass es ein Proporzsystem in Niederösterreich gibt. Es ist eine Usance!

Für uns war es dann klar, dass selbst der, der eine Individualbeschwerde gemacht hat, sagt, ich kann mir vorstellen, der Proporz kann fallen unter den Bedingungen, die ich mir halt vorstelle. Und jetzt haben wir diese Bedingungen! Und ich wiederhole mich: Die sind nicht auf unserem Mist gewachsen. Das waren eure Bedingungen! Schütteln Sie nicht den Kopf, Dr. Leitner! Sie desavouieren Ihren Klubobmann. Das ist das Ärgste was mir jemals passiert ist! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen jetzt was: Wenn Sie Zivilcourage haben, auf Grund all dieser desavouierenden G'schichtln, dass der Klubobmann - ich verstehe es in seiner Rage - gesagt hat, das ist mir „wurscht“ was der Parteiobmann gesagt hat. Ja, das ist protokollmäßig nachzulesen. Tut mir leid, es ist so! Es ist nachvollziehbar. Die Medienvertreter die da sind, haben es gehört. Nicht ich behaupte ... (Unruhe bei Abg. Mag. Leichtfried.)

Wenn ich jetzt, ich versuche heute wirklich ruhig zu bleiben, obwohl es mir sehr schwer fällt und

ich relativ leicht unruhig werde. Wenn ich mir den „Standard“ hernehme, den ich mit Interesse gelesen habe (*zeigt Zeitung*) und Ihr Interview. Und hier steht auf die Frage, die ÖVP stellt es so dar, dass 12 von 13 Punkten bereits ausverhandelt waren, Leitner: Für mich ist das nicht nachvollziehbar. Es hat ein Abtasten gegeben zwischen den Klubobleuten, aber der Kern ist überhaupt nicht bearbeitet worden. (LHStv. Dr. Leitner: *Passt! Richtig!*)

Passt. Passt. Zeigen Sie nicht auf den Klubobmann, Sie zeihen ihn der Lüge! Ich frage jetzt nicht Sie, sondern ich frage allgemein. Meine Damen und Herren, jetzt egal von welcher Partei. Wenn ich eine Punktation von Maßnahmen (*zeigt Schriftstück*) bei einer Änderung des Regierungssystems hier in Händen halte, wo es klar wortwörtlich heißt: Gleichzeitig mit der Änderung des Regierungssystems müssten daher folgende Maßnahmen gesetzt werden. Und jetzt alle Maßnahmen angeführt. Wenn das ein Abtasten ist. Wenn nämlich noch wir diese Maßnahmen über einen Monat in Händen gehabt haben, wir diskutiert haben, ich dann dem Klubobmann der SPÖ zugesagt habe, dass wir 12 Punkte ungeschaut machen. Daher ist es auch richtig, was die Grünen hier gesagt haben, das ist Bestandteil dieses Antrages. Weil ich stehe zu meinen Worten! Bei uns in der NÖ Volkspartei ist ein Ja ein Ja und ein Nein ein Nein! (Beifall bei der ÖVP.)

Und es ist leider so. Ja Sie können mir eh den Rücken zudrehen, das stört mich nicht. Aber es ist leider so, Herr Dr. Leitner, dass die Kommunikation scheinbar zwischen Parteiobmann und den wesentlichen Trägern der Partei, der SPÖ Niederösterreich einfach nicht mehr vorhanden ist. Sonst könnte man nicht behaupten in aller Öffentlichkeit, dass es hier nicht um Verhandlungen, sondern um Abtasten geht.

Ich habe dann noch einen Bereich hier, der da lautet als Antwort: Und die Fokussierung der Abschaffung oder Beibehaltung des Proporz auf meine Person. Wir haben in Niederösterreich viele demokratiepolitische Probleme. Klaus Schneeberger hat gesagt, jetzt schaffen wir den Proporz ab, über Mitbestimmungsrechte reden wir später. Da haben wir gesagt, vergessen wir das. Also, wenn da keine Mitbestimmungsrechte enthalten sind ... Ich gebe es Ihnen, Herr Dr. Leitner, vielleicht haben Sie es noch nicht, das Papierl, dann können Sie nachvollziehen, dass das sehr wohl der Wahrheit entspricht.

Alles in allem, es ist wirklich ein erbärmliches Bild, das der SPÖ Niederösterreich nicht würdig ist, was hier abläuft. Denn, wie Kollegin Petrovic es

gesagt hat: Zu verhandeln, zuerst nein zu sagen, dann ja und Bedingungen zu stellen, dann geht man auf die Bedingungen ein, dann wird eine Aussage von mir hergenommen um ein Nein zu sagen. Und dann behauptet man, in Wahrheit haben wir gar nicht miteinander verhandelt, sondern wir haben nur abgetastet. Ich brauch' den Günther Leichtfried nicht abtasten. Ich kenn' den lange genug und weiß, dass er ein „g'rader Michl“ ist und dass er das hält was er mir gegenüber jeweils verspricht.

Und in diesem Fall war es wirklich so, dass scheinbar das Verhältnis Parteiobmann und Klub in einer Art und Weise sich dargestellt hat, wo ich wirklich noch einmal mich wiederholen muss: Da gibt's nur er oder er, aber nicht beide.

Meine Damen und Herren! Natürlich kann ich die Worte des Kollegen Waldhäusl nicht unwidersprochen lassen. Deswegen nicht unwidersprochen lassen, weil da schon ein paar Aussagen waren, die sich disqualifiziert haben.

Zum Ersten: Es ist nicht so, Kollege Waldhäusl, dass alle arbeiten damit es positiv weiter läuft. In Wahrheit ist die Situation so, dass meistens nur sechs, dann und wann mehr, arbeiten und andere, die Opposition spielen, in die Gegenrichtung ziehen. Stellen Sie sich vor, wie das mit einem Karren ist, wie weit der kommt wenn Derartiges ist. Gott sei Dank sind unsere sechs so stark, dass das Gegenziehen nicht spürbar wird in diesem Land und dass es positiv weiter geht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch ein typisches Argument, wie du mir meine christliche Grundhaltung vorgeworfen hast anhand eines Kulturbeitrages im Landhausschiff. *(Abg. Waldhäusl: Kulturbrücke war es!)* Bei uns ist eines, und jetzt zitiere ich den Herrn Landeshauptmann, und wir stehen 100 Prozent hinter dieser Aussage: Gott sei Dank wird in Niederösterreich kein Erfinder verlacht und kein Künstler verfolgt! *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen. - Abg. Waldhäusl: Darum sind solche Schweinereien möglich!)*

Das ist der Geist. Und ich verwehre mich dagegen, dass die Kulturpolitik in Niederösterreich von Herrn Waldhäusl und Co. zensuriert wird. *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen. - Abg. Waldhäusl: Solche Schweinereien verurteilen wir! - Abg. Hintner: Gartenzwerge!)* Liebe Damen und Herren des Landtages! Um nicht wirklich emotional zu werden, sage ich jetzt nichts zu diesen Aussagen.

Aber darf ich noch etwas sagen? In Wahrheit hat der Herr Kollege Königsberger einen Beweis geliefert. Einen Beweis mehr, warum es wirklich Sinn macht, dass das Proporzsystem über Bord geworfen wird. Denn das war eine klare Darstellung einer Oppositionspolitik. Ich erwarte mir von einem Politiker, der einer Regierungspartei in Niederösterreich angehört, dass er entsprechend mit hilft, Niederösterreich weiterzubringen. Dass er nicht da heraußen steht und sagt, ja, ein bisschen was ist eh geschehen, aber das, das, das, das ist schlecht. Das ist die Politik, die ich einem Oppositionellen zugestehe. Und damit habt ihr euch genauso disqualifiziert wie wir euch sehen. Nämlich nicht als Regierungspartei, sondern als oppositionelle. Und steht dazu, das ist ja nichts Schlechtes! Aber herzugehen und zu sagen, die Frau Rosenkranz ist eh in Ordnung, die macht eh ihre Sache in Ordnung ... *(Abg. Waldhäusl: Wir sind alle in Ordnung, lieber Kollege!)*

Na, das hast nicht gesagt. Du hast gesagt, die Frau Rosenkranz ist in Ordnung. Und das kann ich halbwegs unterschreiben. Aber zu sagen, die Regiererin, die schaut eh dass was weiter geht dort, wo sie Verantwortung hat. Aber gleichzeitig, nicht wie ein Gaukler, ich will jetzt nicht ein anderes Wort sagen, Verbalinjurie, du hast einfach einen Wortschatz, der in dieses Haus nicht gehört! *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

Und jetzt noch eines: Ich halte das für vermessenen ... *(Abg. Waldhäusl: 40 Minuten!)* Gott sei Dank gibt es ein System des Rederechtes. Und daher kannst du mir die Zeit nicht vorschreiben und schon gar nicht verbieten.

Aber worauf ich hinaus will, Kollege Waldhäusl, ist ganz was anderes. Und das ist da gekommen wie da gekommen. Ihr müsst alle Hellseher sein. Dass ihr bei den anderen sagt, ihr werdet nie ein Regierungsmandat bekommen weil ihr werdet immer klein werden. Und auf der anderen Seite gibt es Umfragen, dass die SPÖ in Niederösterreich bei 30 Prozent ist. Wenn ich heute Minderheitspartei in Niederösterreich bin, mir die Wahlprognosen sagen, ich steige auf 30 Prozent, der Partner vis a vis, die FPÖ, die ja vieles mit euch hier gemeinsam hat, an die 20 Prozent nach euren Umfragen kommt, ja bist denn du narrisch, dann müssen wir uns ja anschnallen. Dann ist ja unsere Mehrheit weg und ihr habt die absolute Mehrheit. Ja, dann müsst ja ihr für das Weggehen von der Proporzregierung sein. Da könnt ihr euch die Regierungsmandate gemeinsam aufteilen. *(Abg. Waldhäusl: Uns geht's ja nicht ums Packeln, uns nicht! Wir denken blau-gelb! - Heiterkeit bei der ÖVP und den Grünen.)*

Nur, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir halten uns nicht an Umfragen, an denen orientieren wir uns nicht, wie der Wählerwille ist. Wir warten auf den Wahntag, der ist Zahntag. Und da gehen wir guten Gewissens hin. Weil ich weiß von meinen Regierern, dass sie fünf Jahre hervorragende Arbeit geleistet haben. Dass sie hauptverantwortlich dafür sind, dass wir die besten Daten haben.

Und daher, liebe Freunde, wenn ihr beim Proporz bleibt, so soll es sein. Das ist die demokratische Regel. Eine Zweidrittelmehrheit ist eine Zweidrittelmehrheit. Aber ich sage euch: Der Wähler wird entscheiden wie die nächste Periode aussieht. Und wir gehen erhobenen Hauptes, weil wir wissen, wir sind Regierungspartei und wir haben fünf Jahre Verantwortung übernommen. Ihr seid Regierungspartei und spielt Opposition und disqualifiziert euch damit selbst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner gelangt Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Leitner zu Wort. *(Heftige Unruhe bei der ÖVP.)*

LHStv. Dr. Leitner (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren vom Landtag! Landesregierung! Herr Landeshauptmann! Herr Landtagspräsident!

Einige wenige Dinge, die ich in Akkordanz mit unserem Klubobmann noch sehr gerne sagen möchte. Es ist heute ein „NÖN“-Artikel des Öfteren zitiert worden, gezeigt worden, wo aber die falschen Stellen angezeichnet gewesen sind. Fakt ist, dass ich hier einen einzigen Satz gesagt habe. Ich glaube, der Herr Gebhart, der Chefredakteur der „NÖN“, ist auch hier und kann das bestätigen. Es gibt einen Satz, den ich gesagt habe, zu dem stehe ich auch: Bevor wir über eine Abschaffung des Proporz nachdenken, müssen wir zuerst das gesamte politische System in Niederösterreich überarbeiten. Alles andere ist Interpretation. Und wir haben sogar bei einem kleinen Sommerempfang ein bisschen eine Hetz gehabt, wie wir dann gesagt haben, die anderen Zeitungen haben dann davon abgeschrieben.

Fakt ist daher, sehr geehrte Damen und Herren, dass die Sozialdemokratie eine Demokratierform möchte. Ich möchte auch dazu sagen, dass der Individualantrag an den Verfassungsgerichtshof schlicht und ergriffen die definitive Klärung des Proporz haben möchte. Es geht einfach darum, geht's hier nur um Köpfe, geht's hier um Kompetenzen, geht's hier um budgetäre Verantwortlichkeiten? Nicht mehr und nicht weniger! Und Sie wissen, Herr Landeshauptmann, dass ja seitens der ÖVP-

Mehrheit in der Landesregierung mir ja Kompetenzen entzogen worden sind.

Und ich möchte auch auf den Punkt 13 kurz Bezug nehmen, der vom Kollegen Schneeberger genannt worden ist als offener Punkt. Da ist so viel Kraft dahinter, hinter einer modernen Demokratie, beispielsweise Untersuchungsausschüsse, zu einem Minderheitenrecht zu machen, ein Rederecht des Landesrechnungshofes im Landtag oder von EU-Abgeordneten. Oder die Einsichtnahme von Landtagsabgeordneten in die Tagesordnungen und Beschlussprotokolle von Landesregierungsitzungen. Plus sogar die Möglichkeit auf Akteneinsicht, natürlich unter Wahrung des Datenschutzes.

Und sehr geehrte Damen und Herren! Viele, viele Dinge könnte ich hier noch auflisten und möchte schließen, dass natürlich wir auch eine Verbesserung der direktdemokratischen Rechte haben wollen. Dass es darum geht, das Thema Bürgerbeteiligung noch lebendiger und noch lebhafter zu gestalten.

Demokratisieren heißt aber auch, transparenter zu werden, sehr geehrte Damen und Herren. Wieviel Förderung erhält eine Gemeinde pro Kopf und unter welchen Aspekten ist das so? Sind die Gemeindevertreterverbände eingebunden? Ja oder nein? Ich würde mir das sehr, sehr wünschen, weil ich glaube, dass es zu einer Objektivierung beitragen würde.

Ich glaube auch, dass Demokratisieren heißt, die Kinderbetreuung zu 100 Prozent den Gemeinden, den Städten zu überantworten. Denn Sie wissen es ganz genau, auf die Bedürfnisse heruntergebrochen der Menschen, was notwendig ist für die Kleinsten unserer Gesellschaft.

Und sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte auch hier noch Folgendes dazu sagen: Ich teile die Meinung, dass es keine systemische Diskussion war, die wir uns gewünscht haben über das politische System, sondern eine personifizierte, eine machtzentrierte Diskussion. Und ich glaube, gerade wenn es um dieses höchste Gut Demokratie geht, dann dürfen persönliche Animositäten keine Rolle spielen. Ich behalte es so bei, so wie in den letzten vier Jahren, auch im nächsten Jahr bis zur Landtagswahl. Ich reiche auch jetzt und hier wieder die Hand zur Kooperation. Ich glaube, nur in der Zusammenarbeit liegt die Kraft von Blau-Gelb.

Und sehr geehrter Herr Kollege Schneeberger, Sie haben nun mal den Teppich von der falschen Seite aufgerollt, sagen Leichtfried und Leitner, „lei lei“. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Karner.

Abg. Mag. Karner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Der Klub der SPÖ bzw. deren Parteivorsitzender, der Herr Leitner, hat jetzt in Wahrheit einen Offenbarungseid geleistet, was seine Glaubwürdigkeit, in Wahrheit seine Unglaubwürdigkeit betrifft. „So sind sie“, sagt man bei uns.

Unter den Klubdirektoren war klar vereinbart, dass sich heute hier kein Regierungsmitglied zu Wort meldet. Vereinbart, ausgemacht! Und das war ein Offenbarungseid dahingehend, dass das, was der Herr Leitner heute sagt, morgen wieder völlig anders ist. Das haben Sie bewiesen, von den Studiengebühren bis zur gesamten Proporzfrage und jetzt, wie Sie hier herausgegangen sind. Von Ihrem Wort kann man kein Wort glauben! *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, daher auch noch mal an dieser Stelle, und ich möchte das unterstreichen und wiederholen, was unser Klubobmann gesagt hat: Bei der Volkspartei Niederösterreich ist ein Ja ein Ja und ein Nein ein Nein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer.

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich mach' das jetzt kurz mit meinen 58 Sekunden. Ich bin jetzt wirklich stinksauer als Abgeordnete. Es sind die Klubs übereingekommen, und das muss wiederholt werden, Kollege Karner, es sind die Klubs übereingekommen, dass dieser „Sonder“-Landtag mit diesem Antrag, eine Verfassungsänderung herbeizuführen, die Regierenden, die Regierungsmitglieder sich zurückhalten. So sehr wir es schätzen wenn die Regierenden an Debatten teilnehmen, ich würde es mir öfter wünschen, aber das ist heute unsere Debatte als Abgeordnete. Und das war paktiert! *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP.)*

Und das passiert mir durchaus nicht das erste Mal mit der SPÖ, auch Mitglieder, die nicht mehr hier im Landtag sind, wo man dann overrouled wird. Ich möchte nur festhalten, auch wenn wir die einzige Oppositionskraft sind und wenn wir nicht eine

Größe haben wie andere hier im Haus, aber wenn die niederösterreichischen Grünen, egal mit wem man spricht, wenn man ein Ja bekommt, ist es ein Ja und ein Nein ein Nein. Danke! *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Berichterstatter, ob er ein Schlusswort wünscht?

Berichterstatter Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Ich verzichte!

Präsident Ing. Penz: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ich weise darauf hin, dass der gegenständliche Antrag, Ltg. 306-1/A-3/14, Änderung des Landesverfassung, ein Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung als Verfassungsgesetz die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erfordert. Ich stelle fest, dass das notwendige Präsenzquorum von mehr als der Hälfte der Abgeordneten gegeben ist. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag des Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. abstimmen. *(Nach Abstimmung:)* Ich stelle fest, dass für diesen Antrag die Abgeordneten der ÖVP und die der Grünen stimmen. Der Abänderungsantrag hat keine Mehrheit gefunden.

Ich lasse nunmehr über den Hauptantrag abstimmen. *(Nach Abstimmung:)* Für diesen Antrag stimmen die Abgeordneten der ÖVP und die Abgeordneten der Grünen. Ich stelle fest, dass die Änderungen zu diesem Gesetz nicht mit der dafür erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen wurde. Der Antrag gilt daher als nicht angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung des Antrages des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 306-2/A-3/14, Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch u.a. auf Miterledigung des Geschäftstückes Ltg. 306/A-3/14. *(Nach Abstimmung:)* Dafür stimmen die Abgeordneten der ÖVP und der Grünen. Der Antrag ist somit angenommen.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung ist für den 26. Jänner 2012 in Aussicht genommen. Die Einladung und die Tagesordnung werden wie üblich im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Ich schließe die heutige Sitzung um 15.34 Uhr. *(Ende der Sitzung um 15.34 Uhr.)*